



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Amartya Sen: Elemente einer Theorie der Menschenrechte.

Ditzingen: Reclam, 2021 (= Reclams Universal-Bibliothek, Band 14070), 102 S., ISBN: 978-3-15-014070-3

Amartya Sen, geboren 1933, ist einer der politisch einflussreichsten Wissenschaftler unserer Zeit. Der in Westindien geborene Sohn eines Chemie-Professors studierte Ökonomie und Mathematik in Kalkutta, seine Promotion in Wirtschaftswissenschaften erfolgte in Cambridge, und bereits mit 23 Jahren erhielt er eine Professur für Ökonomie in Kalkutta. Später lehrte er an verschiedenen Universitäten in Indien, Großbritannien und den USA. Neben seiner wirtschaftswissenschaftlichen Forschung betrieb Sen ausgedehnte philosophische Studien und befasste sich immer wieder mit politischen Fragestellungen. Der dreifachen Ausrichtung seiner Arbeit entsprechend gilt Sen als ein Klassiker der Ökonomischen Theorie, wird aber auch von der Politikwissenschaft rezipiert, und mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ehrte man 2020 den „Philosophen, der sich als Vordenker seit Jahrzehnten mit Fragen der globalen Gerechtigkeit auseinandersetzt [...]“¹. Für seine Arbeiten zur Wohlfahrtsökonomie und zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung wurde ihm 1998 der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen, und mehr als hundert Ehrendoktorwürden hat er erhalten.

Sens opulentes Œuvre umfasst eine Vielzahl von Büchern sowie mehr als hundert Aufsätze. Letztere haben teilweise den Umfang kleinerer Monografien, weshalb der Reclam Verlag sich entschlossen hat, (bisher) drei von Sens einflussreichsten Aufsätzen jeweils als eigenen Band in seine Universal-Bibliothek aufzunehmen².

Zum Kernbestand liberalen politischen Denkens gehört die (rechts-)philosophisch begründete Vorstellung, dass es unveräußerliche Menschenrechte gibt, die der Staat zu garantieren hat – und die im „klassischen“ Liberalismus als individuelle Freiheits- bzw. Persönlichkeitsrechte sowie als politische Partizipationsansprüche formuliert sind. Inwieweit „Rechte der zweiten Generation“, wie Sen sie nennt (S. 9), also wirtschaftliche und soziale Rechte, den gleichen Anspruch erheben können, als originäre Menschenrechte zu gelten, ist umstritten. Während es für die Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte hinreichend ist, dass der Staat diese Rechte durch gesetzliche Regelungen realisiert, erfordert die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte ein Mindestmaß an Wohlstand und das Vorhandensein der erforderlichen Infrastruktur. Konkret gesagt: Wo Nahrungsmittel ebenso fehlen wie ein funktionierendes medizinisches Versorgungssystem, kann von „Wohlfahrtsrechten“ im Sinne einklagbarer Rechtsforderungen schwerlich die Rede sein.

¹ Aus der Verleihungsurkunde, abgedruckt in: Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.): Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Amartya Sen. Frankfurt/M. 2020.

² Außer dem hier rezensierten Band handelt es sich um „Gleichheit? Welche Gleichheit?“ sowie „Rationale Dummköpfe. Eine Kritik der Verhaltensgrundlagen der Ökonomischen Theorie“.



Um auf der theoretischen Ebene einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, recurriert Sen auf das, was seiner Ansicht nach den formalen Kern jeglicher Menschenrechte ausmacht: Er versteht sie in erster Linie als „moralische Ansprüche“. Ihre legislative Umsetzung ist in diesem Sinne lediglich eine von mehreren Möglichkeiten ihrer Verwirklichung, sozusagen ein Anwendungsfall, aber eben nicht der einzige (S. 24). Öffentliche Anerkennung und öffentliches Engagement einschließlich eines „Monitorings“ von Rechtsverstößen, also deren öffentliche Anprangerung (z. B. durch einflussreiche Nichtregierungsorganisationen), können sogar eine wesentlich wirksamere Umsetzung von Menschenrechten bewirken als ihre Verankerung in der Gesetzgebung (S. 14), die in vielen einschlägigen Zusammenhängen gar keine Rolle mehr spielt (S. 25).

Den materialen Gegenstand dessen, was Menschenrechte seien, bezeichnet Sen als „Freiheiten“. Es geht ihm allerdings nicht darum, diese Freiheiten inhaltlich näher zu bestimmen – er ist sich bewusst, dass ein solcher Versuch stets mit dem Vorwurf der Beliebigkeit zu rechnen hat. So haben für Sen diejenigen Freiheiten, die als Grundlage der Menschenrechte gelten sollen, „gewisse Schwellenbedingungen“ der besonderen Bedeutung und sozialen Beeinflussbarkeit“ zu erfüllen (S. 13). Die „soziale Beeinflussbarkeit“ erweist sich in der politischen Praxis, nämlich durch das öffentliche Engagement vieler für die Einhaltung bestimmter Freiheiten; Sen erkennt es als eine Pflicht jedes Einzelnen, für als wichtig anerkannte Freiheiten einzutreten. Ihre Anerkennung wiederum, und damit ihre „besondere Bedeutung“, kommt diesen Freiheiten durch einen breiten öffentlichen Konsens zu – und damit auch ihre Universalität.

In der Betonung der Universalität der Menschenrechte bewegt sich Sen im Rahmen der seit dem 18. Jahrhundert in Europa und Nordamerika aus natur-/vernunftrechtlichen Theorien entwickelten Menschenrechtserklärungen. Diese hatten jedoch ihren universalen Anspruch häufig zugunsten der jeweils einzelstaatlichen Verwirklichung zurückgenommen und dieses Defizit mit einer unterschiedlichen Fortschrittsentwicklung der einzelnen Völker zu rechtfertigen versucht. Amartya Sen hingegen besteht auf der Universalität, sieht die Freiheiten, welche die Menschenrechte ausmachen, als angemessene *conditio humana*, und erklärt dies zum Beweggrund dafür, es nicht beim freudigen Gebrauch der eigenen Freiheiten zu belassen, sondern sich auch „für die wichtigen Freiheiten der anderen zu interessieren“ (S. 26). Es geht ihm um Rechte, die „für alle Menschen gelten sollen“ (S. 57).

Ein ungehinderter öffentlicher Diskurs darüber, welche Freiheiten von ausreichender Wichtigkeit seien, um in den Kanon der Menschenrechte aufgenommen zu werden, ist für Sen konstitutiv für deren theoretische Bestimmung. Der Gegensatz zwischen individuellen Freiheits- und gesellschaftlichen Wohlfahrtsrechten wäre damit ebenso überwunden wie eine nationalstaatlich begrenzte Realisierung. Es geht Sen um eine globale Verwirklichung der im globalen Diskurs anerkannten Menschenrechte – eine Menschheitsaufgabe, die trotz der gravierenden Unterschiede in Kultur und Rechtssystem zu lösen ist. Dafür sieht er drei Ansätze, die sich parallel entwickeln und gegenseitig beeinflussen:

- Anerkennung: Eine Klasse von Ansprüchen wird als grundlegende Menschenrechte anerkannt, „jedoch nicht notwendig im positiven Recht verankert oder institutionell durchgesetzt“; Beispiel: die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 (S. 46 f.);
- Aktivismus: „Organisiertes Eintreten für die Einhaltung bestimmter grundlegender, als Menschenrechte betrachteter Ansprüche aller Menschen“ und die Erzeugung gesellschaftlichen Drucks gegen Verletzungen dieser Rechte. Hier wird insbesondere die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch, Oxfam und anderen beispielhaft genannt (S. 47 f);
- Gesetzgebung: Viele Gesetze wurden durch Einzelstaaten oder Staatenverbünde erlassen, und damit wurde „bestimmten, als grundlegende Menschenrechte betrachteten Rechten

Rechtskraft verliehen“. Hinzu kommen die Wächterfunktionen z.B. des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und anderer Institutionen in verschiedenen Teilen der Welt (S. 48 f.).

Sens Theorie der Menschenrechte ist soziologisch aufgeklärt, wie sich an Beispielen zeigt, an denen er darlegt, dass keineswegs jedes Menschenrecht „in ein genau spezifiziertes, gesetzlich verankertes Recht gegossen werden sollte“ (S. 49 f.). Insofern sich die moralischen Ansprüche, die Sen als Menschenrechte gelten, auf soziales Handeln beziehen, können für deren Verwirklichung andere Maßnahmen erheblich sinnvoller sein. Sein zentraler Satz in diesem Zusammenhang lautet: „Aufgrund der Wichtigkeit von Kommunikation, engagiertem Eintreten, Aufdeckung und Anprangerung von Missständen sowie fundierter öffentlicher Diskussion können die Menschenrechte Einfluss nehmen, *ohne* dabei notwendigerweise auf eine zwingende Gesetzgebung angewiesen zu sein.“ Der Autor setzt, wie oben schon deutlich wurde, mehr auf den Druck des öffentlichen Diskurses als auf staatliche Rechtsgarantien. Angesichts der traurigen Menschenrechtssituation in vielen Ländern der Welt mag diese Skepsis gerechtfertigt sein.

Ob allerdings das Idealbild eines öffentlichen Diskurses, in dem die Berechtigung moralischer Ansprüche, als Menschenrechte aufzutreten, festgestellt und durch den die Einhaltung solcher Rechte politisch und gesellschaftlich allgemein erzwungen werden kann, Sens Optimismus rechtfertigt, darf mit guten Gründen bezweifelt werden. Mehr denn je erleben wir einen wachsenden Einfluss machtvoller Partikularinteressen und gezielter Desinformation auf öffentlich geführte Debatten. Die Voraussetzungen für das Gelingen des öffentlichen Diskurses – Information, Aufklärung und Herrschaftsfreiheit im Habermas’schen Sinn auch bei Sen – sind derzeit längst nicht generell gegeben. Sens Theorie der Menschenrechte, wiewohl theorieimmanent brillant dargelegt, erschöpft sich im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit letztlich in einem „Appell zur individuellen wie institutionellen Übernahme kosmopolitischer Verantwortung“³.

Lam

Rainer Schöttle



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

³ Claus Dierksmeier: Amartya Sen: Ökonomie für den Menschen. In: Manfred Brocker (Hrsg.): Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 2018, S. 880–893.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Hans-Jürgen Papier: Freiheit in Gefahr. Warum unsere Freiheitsrechte bedroht sind und wie wir sie schützen können.

München: Heyne, 2021, 287 S., ISBN: 978-3-453-21816-1

Hans-Jürgen Papier, bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, ist in den Hochzeiten der Pandemie mit Kritik an der Corona-Politik der Bundesregierung an die Öffentlichkeit getreten. Wer nun aber bei seinem im Herbst 2021 erschienenen Buch unter dem reißerischen Titel „Freiheit in Gefahr“ eine Streitschrift wider die Corona-Maßnahmen erwartet oder gar eine Abrechnung mit der Rechtsprechung zur sogenannten „Bundesnotbremse“, wird enttäuscht sein. Wer sich wie Papier um die Entwicklungen der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Gesellschaft sorgt, wird in ihm einen klugen und differenzierten Mahner finden. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist zwar die Beobachtung, wie aufgrund der Pandemie Grundrechte binnen Stunden in einem nie dagewesenen und vorher nicht zu erwartenden Ausmaß suspendiert wurden, aber für Hans-Jürgen Papier ist dies nur der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die schon vorher auszumachen war: Die selbstverständlich in Deutschland und Europa genossene Freiheit ist unter Beschuss geraten – und zwar wortwörtlich, wirft man derzeit einen Blick in den nicht weit entfernten Osten des Kontinents. Und sie findet immer weniger Für- und Mitstreiter. Er beobachtet eine besorgniserregende Verschiebung im Hinblick darauf, welche Freiheitseinschränkungen zugunsten anderer Ziele als verhältnismäßig erachtet werden – sei es bei der Gesundheitspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder der Terrorbekämpfung. Er warnt und mahnt, sich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen und wieder das oberste Ziel des Grundgesetzes, die Wahrung der Freiheit des Einzelnen, in den Fokus zu rücken. Papier erinnert mit dem vorgelegten Band mit Hannah Arendt gesprochen daran, dass der Sinn von Politik Freiheit ist.



Kapitelweise dekliniert Papier die Gefährdungen der bürgerlichen Freiheit durch – beginnend bei einer detaillierten Darstellung des zeitlichen Ablaufs des Ergreifens der Corona-Maßnahmen im Frühjahr 2020. Diese Ausführungen mögen für diejenigen, die die Pandemiepolitik aufmerksam verfolgen – und wer tat dies zumindest im ersten Jahr nicht? –, etwas langatmig erscheinen, dienen dem Autor aber dazu, zu einem für das Grundgesetz zentralen Begriff hinzuführen: die Verhältnismäßigkeit, im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit. Hier erweist sich Papier nicht als pauschaler Kritiker der ergriffenen Maßnahmen, sondern als kluger Beobachter, der differenziert den Handlungsdruck der politischen Entscheider auf der Basis unzureichender Informationen beschreibt, aber gleichzeitig nicht verhehlt, dass auch Maßnahmen verfehlt waren, über das Ziel hinausschossen oder vor allem der Selbstinszenierung einiger Ministerpräsidenten als entscheidungsstarke Macher dienten. Auch wenn er für die Einschränkungen insbesondere in der unsicheren Anfangszeit der Pandemie durchaus Verständnis zeigt, macht er deutlich, dass der liberale Rechtsstaat in Gefahr gerät, wenn solch massive Freiheitseingriffe von Dauer sind und die Politik wenig Bemühen zeigt, sie besser zu begründen und auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, wenngleich auch er betont, dass das Entscheidungsprimat bei den demokratisch legitimierten Volksvertreterinnen und -vertretern liegt, nicht bei der Wissenschaft. Und damit kommt er zum Kern seiner Kritik, indem er die Selbstsuspendierung der Parlamente, das

bereitwillige, dauerhafte Abgeben der Verantwortung an die Exekutive als strukturelles Problem ausmacht, das auch jenseits von Corona zu beobachten ist. Allerdings ist Papier auch hier kein Freund einfacher Antworten, weder im Pro und Contra für bestimmte Maßnahmen, noch im Hinblick auf die Systemfrage. Einen Überwachungsstaat analog dem „chinesischen Modell“ lehnt er ebenso ab wie den Ruf nach „starken Männern“. Zugleich warnt er aber auch vor einer untätigen Politik, die lieber gar nichts tut als vermeintlich falsche Entscheidungen zu treffen und sich dem Gegenwind von lautstarken Lobbygruppen und in sozialen Netzwerken organisierten Minderheiten auszusetzen. Eine Verlagerung der Politik ins Netz und auf die Straße lehnt er entschieden ab. Vielmehr fordert er die Politikerinnen und Politiker auf, ihren Auftrag im Arendtschen Sinn ernst(er) zu nehmen und ihrer Verantwortung für die Freiheit gerecht zu werden.

Aber das Buch ist, wie gesagt, keine Abrechnung mit der Corona-Politik. Hans-Jürgen Papier wendet sich daher nach dieser Hinführung den weiteren, von ihm ausgemachten Bedrohungen des freiheitlichen Rechtsstaats zu, wobei er viel Raum auf grundsätzliche Überlegungen und Darstellungen zum Entstehen und Wirken der verfassungsrechtlichen Ordnung in Deutschland verwendet. Diese Ausführungen, die auch kurze Exkurse zu verschiedenen historischen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts umfassen, sind für die in Staatsrecht vorgebildete Leserin oder den vorgebildeten Leser recht redundant, erinnern sie doch an ein „Best of“ von Verfassungsrechtsvorlesungen für Erstsemester, die zwar der Einordnung dienen sollen, aber für alle, die die nachvollziehbare Begeisterung des Autors dafür nicht teilen, eher vom Kern seiner Überlegungen ablenken. Diese kreisen vor allem um die zentrale Bedeutung der Meinungsfreiheit für eine funktionierende Demokratie, die er in Zeiten von Fake News, medial angeheizten Shit Storms und der Monopolisierung sozialer Netzwerke in der Hand von privaten Unternehmen zunehmenden Gefahren ausgesetzt sieht. Beobachtungen, die die wenigsten bestreiten werden, ebenso wie die von ihm ausgemachten Doppelstandards der sogenannten „Cancel Culture“.

Hans-Jürgen Papier lenkt den Blick aber auch auf die materiellen Voraussetzungen einer demokratischen, verfassungsrechtlichen Ordnung, indem er sich ausführlich dem grundgesetzlichen Verständnis des Sozialstaats und der Wirtschaftsordnung zuwendet, ebenso der Frage von Daseinsvorsorge und staatlichen Schutzpflichten. Auch hier warnt er vor einem „Zuviel“ und einem „Zuwenig“ an staatlichem Handeln. Er argumentiert im besten Sinn ordoliberal und fordert eine aktive Politik, die durch unterlassenes Handeln auf der einen oder übermäßig paternalistisches Handeln auf der anderen Seite nicht die Basis dessen aushöhlt, was sie zu schützen glaubt.

So richtig, wie Papiers Analyse der Bedrohungen der Freiheit – auch im europäischen Kontext – ist, so wenig neu ist sie. Im Vergleich zu anderen Autorinnen und Autoren argumentiert er als wahrlich Berufener aus der Perspektive des Grundgesetzes und der verfassungsrechtlichen Ordnung und trägt so weitere Gesichtspunkte bei. Das mit Sorge erfüllende Ergebnis bleibt aber dasselbe. Seine Rezepte dagegen kratzen leider auch nur an der Oberfläche oder kommen als alter Wein in neuen Schläuchen daher. Das Zusammenlegen von Bundesländern, mehr Einheitlichkeit in der Bildungspolitik und das Durchsetzen des Rechts auf Bildung, Mitbestimmung von Angestellten durch Möglichkeiten zum Eigentums(-anteils-)erwerb an ihren Firmen und die dauerhafte Finanzierung von Initiativen zur Stärkung der Demokratie sind wahrlich keine neuen Ideen. Wobei es ihm im Grunde darum geht, ein Plädoyer für Eigeninitiative und -verantwortung des Einzelnen zu halten, was auch nicht neu und innovativ sein muss, um Gültigkeit zu haben – wie nicht zuletzt auch der öffentliche Diskurs zu den Corona-Maßnahmen zeigt.

Dresden

Jana Licht



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Patrick J. Deneen: Warum der Liberalismus gescheitert ist.

Salzburg/Wien: Müry Salzmann Verlag, 2019, 292 S., ISBN: 978-3-99014-187-8

Bis zur Zeitenwende des 24. Februar 2022 konnte man das Liberalismuskritische Werk des Professors für „Constitutional Studies“ an der ebenso angesehenen wie dezidiert katholischen Universität von Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana als einen gegen den Liberalismus als politische Philosophie schlechthin als auch – und vor allem(!) – gegen dessen US-amerikanische Spielarten gerichteten emphatischen „Rundumschlag“ werten und analysieren. Seit dem 24. Februar wissen wir – die Menschen der Ukraine erspüren es sogar am eigenen Leibe –, dass die liberale Ordnung weit weniger von ihren Kritikern im Innern als von ihren leichtfertig ignorierten totalitären Feinden von außen bedroht und herausgefordert wird.



Das Manuskript Patrick Deneens, das nur wenige Monate vor (!) dem Wahlsieg Donald Trumps – und damit vor der bis dato größten Herausforderung der liberalen und rechtsstaatlichen Ordnung seit dem Ende des Kalten Krieges – fertiggestellt worden ist, offenbart damit noch stärker seine limitierte Zielrichtung als eine konservativ-katholische Fundamentalkritik an der Gesellschaft und politischen Ordnung der USA im frühen 21. Jahrhundert. Diese relativierende Feststellung ergibt sich aus der in Krisenzeiten gebotenen politischen und geistigen Priorisierung; damit ist aber weder die Ernsthaftigkeit der Problembeschreibung durch den Verfasser noch die Relevanz einiger seiner Monita in Abrede gestellt. Wer durch totalitäres Machtgebaren und militärische Aggression herausgefordert ist, der muss auch seine historisch-philosophischen „Hausaufgaben“ gemacht haben. Und hier liegt der Wert der Schrift Deneens, die ansonsten einen amerikanischen Liberalen in kalte Rage stürzen, einen europäischen Liberalen hoch konsterniert zurücklassen dürfte.

Deneen – hier ganz Kind seiner (amerikanischen) Zeit – diagnostiziert eine existenzgefährdende „Legitimationskrise der Demokratie“, deren Symptome man wie folgt zusammenfassen kann: ungleiche Vermögensverteilung, Verfall traditioneller Institutionen, Vertrauensverlust gegenüber Autoritäten, mangelnde Durchsetzung von Rechtsgleichheit, fortschreitende Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft (S. 8 f.). Ursache dieser Krise sei die dominierende, siegherrliche „letzte Ideologie“ (S. 39) unserer Zeit, die einzige, die Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert überlebt habe: der Liberalismus. Abhilfe kann Deneen nicht in einer Reform des Liberalismus erkennen, sondern schlicht und ergreifend in dessen Überwindung. Denn die Quelle des Grund Übels der Moderne, nämlich das Erodieren der Fundamente unserer ererbten, in die Antike zurückreichenden zivilisatorischen Ordnung, der Normen, die in Familie und Gemeinschaft durch Religion und Kultur erlernt werden, sei ja gerade das Werk des geistigen Liberalismus und des liberalen, sozialen und politischen Staates (S. 12).

Als wichtigste, von liberalen Denkern des 17. und 18. Jahrhunderts betriebene Umwälzungen, die zu einer Neudefinition des Freiheitsbegriffs geführt hätten, sieht der Autor die Befreiung des Menschen von etablierter Autorität, die Emanzipation von arbiträrer Kultur und Tradition und

zuletzt – besonders wirkungsmächtig bis in unsere Tage – die Erweiterung der Macht und Herrschaft des Menschen über die Natur durch fortschreitende wissenschaftliche Erkenntnis und wirtschaftlichen Wohlstand (S. 48 f.). Der Liberalismus sei allenfalls in der Lage, Probleme der Entwicklung als Defizite an (!) Liberalismus zu (v)erkennen, verweigere sich aber der Erkenntnis, dass Eigennutz, das Ignorieren von Gemeinwohl und die Lockerung sozialer Bindungen gerade aus der Fehlperzeption der menschlichen Natur durch den Liberalismus, durch die Proklamation der Autonomie des Individuums, erwachsen sei. Um den vielfältigen Fehlentwicklungen zu begegnen – Deneen denkt hier z.B. an die Vereinsamung des Individuums in der Moderne, dessen Ausbeutung durch soziale und ökonomische Machteliten oder auch die rücksichtslose Plünderung der Natur –, bleibe dem Liberalismus nichts Anderes übrig, als seinem ursprünglichen, staatskritischen Credo zuwiderzuhandeln und einen immer mächtiger und unkontrollierter agierenden Staat zu etablieren. Obwohl es ja ein Grundanliegen des Liberalismus gewesen sei, den Staat in seine Schranken zu weisen, flüchte er sich nun in die Arme von „big government“.

Für den Philosophen Deneen liegt im Freiheitsverständnis des Liberalismus die Wurzel allen Übels. Das antike, vorchristliche und christlich-traditionelle Verständnis der Freiheit habe „auf einem Wechselverhältnis zwischen der Selbstverwaltung des Individuums durch die Kultivierung der Tugenden [...] und der Selbstverwaltung der Gemeinwesen“ basiert, deren oberstes Ziel wiederum „das Gemeinwohl“ gewesen sei. (S. 143). Freiheit habe den „Zustand einer gerechten und angemessenen Selbsterziehung“ gemeint, der „durch Selbstbeherrschung als Kontrolle der eigenen Begierden und des Verlangens nach politischer Herrschaft“ erreicht werde. Die frühliberalen Denker hingegen hätten – im Anschluss an Machiavelli – die Appelle der Tugendorientierung verworfen und an deren statt die „wahre Natur“ des Menschen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen gemacht. Der unauslöschliche Egoismus des Menschen und sein Verlangen nach materiellen Gütern sollten nun nicht mehr gemäßigt und eingehegt, sondern für eine Ordnung der individuellen Freiheit genutzt werden. Menschliche Selbstbegrenzung wurde als freiheitsbeschränkend verworfen, die Herrschaft des freien Individuums über die Natur, vermittelt durch naturwissenschaftlichen Erkenntniszugewinn und ein neues, von traditionellen Ordnungsmustern befreites Wirtschaftssystem angestrebt.

Der konservative (manche würden sagen: klassische) Liberalismus habe „nahezu jede nutzbringende Inanspruchnahme der Welt für wirtschaftliche Zwecke“ unterstützt. Die (so Deneen) „zweite Welle“ des Liberalismus, als deren Inkarnation der Autor den amerikanischen Sozialliberalismus und Progressivismus sieht, gehe nun sogar noch einen Schritt weiter: Sie wolle die „Befreiung des Menschen aus grundlegenden Gemeinschaften und einer gezähmten, nutzbar gemachten Natur“ erweitern, um die Befreiung des Menschen „von der Biologie seines Körpers“ und so endgültig eine Sphäre unbegrenzter individueller Autonomie kreieren. Die korrespondierende kulturelle Entwicklung geißelt Deneen als „hedonistische(n) Kitzel, Vulgarität, Zerstreuung“. Schule und Hochschule seien unter der Herrschaft des Liberalismus von Sphären der „Bescheidenheit, des Betragens und der akademischen Redlichkeit“ zu solchen der „Regellosigkeit und Betrügerei“ verkommen (S. 64).

Wieder und wieder variiert Deneen seine Fundamentalkritik am Liberalismus; Redundanzen werden dabei (leider) keineswegs gescheut. Weit weniger prononciert als die Liberalismus-Philippika sind hingegen seine Ausführungen zur Reparatur der nach seiner Überzeugung vom Liberalismus jeglicher Spielart verursachten tiefgreifenden Schäden für den Menschen, seine gesellschaftliche Ordnung und deren politische Strukturen. Deneen sieht Lösungsansätze natürlich weder in den beiden anderen großen Ideologien des 20. Jahrhunderts, dem Kommunismus und dem Faschismus, deren antiliberaler Egalitarismus bzw. deren Demokratieverneinung ihm fremd sind. Auch für den – während der Anfertigung des Manuskripts bereits am Horizont aufscheinenden – Populismus eines Donald Trump hat Deneen letztlich wenig Sympathie, auch wenn er sich bei Lesereisen der Folgejahre gern und wiederholt von erklärt illiberalen Populisten á la Viktor Orbán hat hoffieren lassen. Mit der amerikanischen Form des Konservatismus und

vor allem mit dem gerade in konservativen Kreisen der USA virulenten Libertarianismus hat er sich kritisch und eher ablehnend auseinandergesetzt. Deneen ist jedenfalls ein Mann philosophisch und politisch begründeter Überzeugungen. Wie anders könnte man die Tatsache interpretieren, dass er seit 2020 Beiratsmitglied der „American Solidarity Party“ ist, die sich quasi als „amerikanischer Arm“ der europäischen Christlichen Demokratie versteht, bei allgemeinen Wahlen aber (bisher) wahlstatistisch kaum nachweisbar ist.

Deneen vertritt einen christlich fundierten Kommunitarismus amerikanischer Spielart, wie seine zahlreichen Referenzen an seinen akademischen Lehrer Wilson Carey McWilliams, an den Sozialkritiker Christopher Lasch oder den grün-konservativen Essayisten Wendell Berry belegen. So zitiert er McWilliams mit der Aussage, es gehe nicht um eine „politische Revolution“, sondern um „die Förderung neuer Formen von Gemeinschaft“, um „ein Zusammenleben mit gemeinsamen Zielen, mit Verpflichtungen und Dankbarkeit [...], in dem die Fähigkeit zu glauben und zu vertrauen kultiviert“ werde. „Aufopferung und Geduld“ statt „von oben verordnetem Individualismus“ seien Gebote einer „bessere(n), ganz andere(n) Zeit nach dem Liberalismus“. Gebraucht werde „keine bessere Theorie, sondern eine bessere Praxis“; der „größte Beweis für die menschliche Freiheit“ liege heutzutage „in unserer Fähigkeit, uns eine Freiheit nach dem Liberalismus vorzustellen“.

Um den hier holzschnittartig skizzierten „Dritten Weg“ á la Patrick Deneen für einen kontinental-europäischen Leser besser nachvollziehbar zu machen, wäre es sicher günstiger gewesen, der Verleger hätte einen einschlägigen Experten mit einer Einführung in den amerikanischen Kommunitarismus beauftragt, als der (bedingt fachkundigen) Übersetzerin(!) fachliche Erläuterungen in Form von Texteinschüben zuzumuten. So bleibt der Gesamteindruck, dass Deneen sich lediglich einreicht in eine bunte Phalanx von Liberalismus-Kritikern, denen kürzlich – sicher pauschalisierend – der Vorwurf gemacht wurde, die „Utopia-Methode“ (G. Garcia) anzuwenden: Die „gute Welt“ ist immer nur ein fader Abklatsch der (utopischen) „perfekten Welt“.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

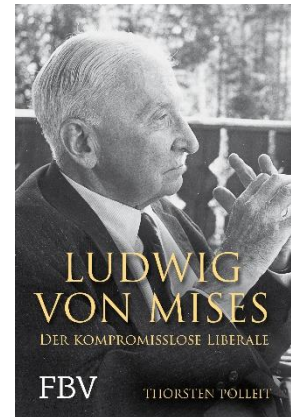


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Thorsten Polleit: Ludwig von Mises. Der kompromisslose Liberale.

München: FinanzBuch Verlag, 2022, 304 S., ISBN: 978-3-95972-529-3

Schien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Bankrott-erklärung sozialistischer Experimente das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) gekommen zu sein und sich die liberale Demokratie und damit der Kapitalismus als das überlegene System zu erweisen, wird dies zunehmend in Frage gestellt. Überwunden geglaubte etatistische Ansätze erleben eine nie dagewesene Renaissance. Auch in Deutschland – das mit einer Staatsquote von klar über fünfzig Prozent inzwischen näher an einem sozialistischen System ist als an einem kapitalistischen – wird trotz des offenkundigen Versagens dirigistischer Politik der Ruf nach staatlichen Interventionen immer lauter. Alles Scheitern wird allzu gerne einem „entfesselten Kapitalismus“ zugeschrieben, selbst wenn von einer Marktwirtschaft im Mises'schen Sinne in den letzten Jahren nicht die Rede sein konnte.



Thorsten Polleit greift mit seinem vorliegenden Buch über Ludwig von Mises genau dieses Thema des staatlichen Interventionismus auf und taucht dabei tief in das Gedankengebäude dieses, wie er schreibt, „kompromisslosen Liberalen“ ein. Polleit selbst ist einer der renommiertesten liberalen Intellektuellen Deutschlands, Vorsitzender des Ludwig-von-Mises-Institutes und selbst ein exponierter Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Es ließe sich deshalb kaum ein besserer Mises-Kenner finden, obwohl auch manchmal kritische Distanz fehlt.

Das 2022 in seiner ersten Auflage erschienene Buch ist dreigeteilt. Im recht kurzen ersten Teil lässt Polleit das Leben Ludwig von Mises Revue passieren. Die Kürze dieses Abschnitts tut der Qualität des Buches indes keinen Abbruch, da der Autor im zweiten, sehr umfangreichen Teil das Werk von Mises der Reihe nach für sich selbst sprechen lässt. Dies passt auch deshalb, da Ludwig von Mises zeit seines Lebens ein bescheidener Mensch blieb, der in der Tat seine Gedanken und Publikationen für sich selbst sprechen lassen wollte. Leider ist Polleits letzter Teil über die Wirkung des Lebenswerkes von Mises nur sehr knapp ausgefallen. Hier hätte der Autor noch deutlich mehr schreiben können. Denn auch wenn der wirtschaftswissenschaftliche Mainstream (und vor allem die nach keynesianischem Interventionismus verlangende Politik) allzu leicht über die Argumente der Österreichischen Schule hinweggeht, ohne sie widerlegen zu wollen... oder zu können, glimmt angesichts der aufziehenden Wirtschaftskrisen die Glut der Freiheit. Dies geschieht, wie Polleit mahnend in seinem Vorwort schreibt, in „einer Zeit, in der die Ideen der freien Wirtschaft und Gesellschaft diffamiert und bekämpft werden, in der sich die westliche Welt einer Art neo- oder kulturmarxistischem Umsturzversuch gegenüber sieht, der durch die Potentiale des digitalen Überwachungsstaates umso bedrohlicher ist“ (S. 7 f.).

Den Hauptteil seines Buches beginnt Polleit mit einer Zusammenfassung der 1912 veröffentlichten Habilitationsschrift „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ von Ludwig von Mises. Hier stellt dieser klar, dass die reine „Vermehrung der Geldmenge [...] zu einer Verminderung der Kaufkraft des Geldes führen [muss], weil sie die Güterpreise notwendigerweise erhöht“ (S. 58).

Auch die sozialen Ungerechtigkeiten, die eine derartige mutwillig herbeigefügte Inflation hervorruft, indem sie diejenigen bevorzugt, die das neu geschaffene Geld als erstes erhalten, werden beschrieben. Das sich im späteren Mises'schen Werk immer wieder aufkommende „Boom and Bust“-Element als Kritik des Interventionismus findet sich bereits in diesem frühen Werk wieder.

Das nächste präsentierte Werk ist das 1919, kurz nach dem Weltkrieg, erschienene Buch „Nation, Staat und Wirtschaft“. Mises gelangt nach dieser ersten Jahrhundertkatastrophe zu der Schlussfolgerung, dass es einen Frieden zwischen den Völkern nur geben könne, wenn der Staat auf das kleinstmögliche Maß zurechtgestutzt werde. Dem Liberalismus und dem durch ihn geförderten freien Austausch von Gütern, Kapital und Menschen komme hingegen eine friedensstiftende Wirkung zu. Der beispielsweise im deutschen Kaiserreich herrschende „Kriegssozialismus“ der Obrigkeit habe die Lage noch verschlimmert und nur einen absoluten Sieg ohne Kompromisse zugelassen.

In den folgenden beiden Kapiteln widmet sich Polleit der von Mises untersuchten praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus, dem eine Wirtschaftlichkeitsrechnung fehle und in dem eine bedarfsgerechte Ressourcenverwendung unmöglich sei. Noch heute glauben „Sozialingenieure“, es durch zentrale Planung besser zu machen als der freie Markt, in dem nicht irgendwelche Bürokraten darüber entscheiden, welche Bedürfnisse der einzelne hat. Polleit legt hier die Publikationen „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ (1920) und „Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus“ (1922) zugrunde. Sozialismus lebe durch zentrale Planung und Diebstahl. In einer liberalen Ordnung hingegen gebe es nur die folgenden drei nicht-aggressiven Wege, Eigentum zu erwerben: 1. Aneignung von Gütern, die vorher niemand besessen hat, 2. Produktion von Gütern und 3. freiwilliger Handel. Später sieht Mises in dem aufkommenden Nationalsozialismus eine Spielart des Sozialismus. Die auch heute noch gängige Unterscheidung in „links“ und „rechts“ lehnt Mises ab. Ihm geht es um Freiheit/Liberalismus oder zentrale Planung/Sozialismus. Gleichzeitig lehnt er auch jede teleologische Ethik ab. Die Entwicklung zum Sozialismus sei auch nicht geschichtlich vorherbestimmt. Es gebe immer die Möglichkeit, diese Ideologie der Zerstörung aufzuhalten. Für Mises ist es „der Kampf der Geister“ (S. 107), in dem die Entscheidung fällt. Denn allein durch logische Argumentation lassen sich Interventionismus und Sozialismus ad absurdum führen.

„Der Liberalismus ist keine abgeschlossene Lehre, er ist kein starres Dogma; er ist das Gegenteil von all dem: er ist die Anwendung der Lehren der Wissenschaft auf das Leben der Menschen“ (Ludwig von Mises: Liberalismus, 1927, S. 109). Dieses Mises-Zitat ist Kernelement des nächsten Buchkapitels, in dem Polleit auf die Bedeutung freier Märkte eingeht. Es sei nicht der Kapitalismus, der für Monopole Sorge, da diese dort rasch zusammenbrechen würden. Vielmehr sei es gerade die staatliche Intervention zugunsten bestimmter Lobbygruppen, die schädliche und langwährende Monopole schaffe.

Die vielen Argumente gegen die staatliche Einmischung finden sich besonders in Mises 1929 erschienenem Buch „Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschafts-ideologie der Gegenwart“. Mises schlussfolgert: „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es nicht“ (S. 125). Dies mag radikal klingen und sozialdemokratischen und sozialliberalen Gedanken zuwiderlaufen, aber für Mises setzt eine anfängliche Interventionspolitik, selbst in einer „guten Sache“, eine weitere Interventionsspirale in Gang, die entweder in einem sozialistisch-totalitären Konstrukt endet oder auf den natürlichen Zustand der freien Märkte zurückkehrt. Polleit geht dabei sogar soweit, diese liberalen Gedanken von Mises auf die Gegenwart, v.a. die Geldpolitik, zu übertragen. Ob diese Position gerechtfertigt ist, sei dahingestellt, sie ist aber auf jeden Fall diskussionswürdig.

In den folgenden Kapiteln behandelt Polleit die Bücher „Grundprobleme der Nationalökonomie“ (1933, eigentlich eine Aufsatzsammlung) und das *opus magnum* von Mises, die „Nationalökonomie“ (1940). Ganz unter dem persönlichen, leidvollen Eindruck des Nationalsozialismus und dessen „Schwesterideologie“ des Sozialismus/Kommunismus stehend, leitet von Mises ab, was für ihn die Volkswirtschaftslehre ist: eine Wissenschaft, die durch reines Nachdenken und logische Schlussfolgerungen die richtigen Ergebnisse erreichen kann. Es sei eine a-priori-Handlungswissenschaft oder – wie Mises formuliert – „Praxeologie“. Sie könne eben nicht mit den Methoden der Naturwissenschaft Entwicklungen erklären, da es immer individuelle und zeitlich abhängige Entscheidungen von Menschen geben werde. Man merkt besonders in diesen beiden Kapiteln dem Volkswirt Polleit an, wie stark auch er selbst gegen die herrschende Ökonometrie zu Felde zieht. Dass viele Politiker heute wie damals der Messbarmachung und damit der Steuerbarkeit den Vorzug geben, da es die eigene Macht und die der mit der Politik verbundenen Wirtschaftslobbyisten stärkt, ist verständlich. Es wird auch erklärbar, warum die Österreichische Schule bestenfalls ignoriert, oft aber bekämpft wird. Bürokratie und Antiliberalismus gehen dabei oft Hand in Hand, wie Polleit Mises in den nächsten beiden Kapiteln zu Wort kommen lässt. Die Straße des Antiliberalismus führe dabei geradewegs zum Totalitarismus. Unwissenheit, Gier, Neid und Hass sind es dann oft, die gerade Intellektuelle den Sirenengesängen des Antiliberalismus folgen lassen.

Polleit gelingt es, in seinem Buch dem Leser die wichtigsten Punkte des Lebens und Werkes vorzustellen und – mit aktuellen Beispielen garniert – auf die heutige Zeit zu übertragen. Ludwig von Mises ist unzweifelhaft einer der prominentesten Vertreter der Österreichischen Schule. In seiner liberalen Radikalität mag er dem einen oder anderen zu unnachgiebig erscheinen. Jedoch muss man sein ungebrochenes positives Menschenbild, seine Intellektualität und sein logisches Denken würdigen. Gerade in der heutigen Zeit des zunehmenden Antiliberalismus und der Phantasien von globaler Steuerung, tut es gut, in liberaler Weise staatliche „Reset-“, Allmachts- und Steuerungsphantasien zu hinterfragen und auf das Maß aller Dinge zurückzuführen: das Individuum und seine Eigentumsrechte. Insofern gilt Polleits Buch eine besondere Leseempfehlung, um in die Gedankenwelt des „kompromisslosen Liberalen“ Ludwig von Mises einzutauchen.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

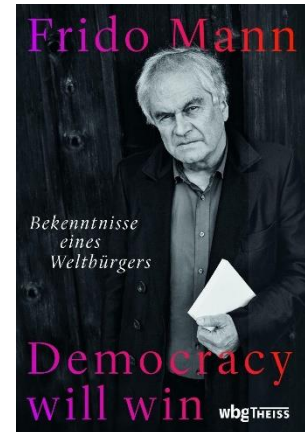


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Frido Mann: *Democracy will win. Bekenntnisse eines Weltbürgers.*

Darmstadt: wbg Theiss, 2021, 303 S., ISBN: 978-3-8062-4398-7

Wenn Frido Mann zu Beginn seines neuesten Werks schreibt, dass die „apodiktische Prognose ‚*Democracy will win*‘ entweder naiv oder provokativ“ klingen könne (S. 11), so ließe sich dies ohne Weiteres auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Frühjahr 2022 übertragen, obwohl das Buch bereits im August 2021 veröffentlicht worden ist.¹ In der Tat ist die Zeitlosigkeit dieser 1938 von Thomas Mann „mit einem provokativen und unerbittlichen Unterton ausgesprochenen drei Zaubersprüche“ (S. 27) das zentrale Motiv des vorliegenden Bandes. Die Aussage entstand ursprünglich im Kontext einer Vorlesungsreihe des Literaturnobelpreisträgers in den Vereinigten Staaten am Vorabend des Münchener Abkommens, als dieser ein noch skeptisches Publikum vor den Gefahren des Nationalsozialismus und eines kommenden Kriegs warnte.



Frido Mann baut auf den Überlegungen seines Großvaters auf und setzt gleichzeitig eigene Akzente, indem er insbesondere seine umfassenden theologisch-philosophischen, psychologischen und sogar psychotherapeutischen Kenntnisse zur Geltung bringt. Das Ergebnis ist eine Erörterung, die „*Democracy will win*“ nicht nur als mutiges Versprechen in ungewissen Zeiten begreift, sondern als „Prozess“ (S. 297), der die stetige Selbsterneuerung der demokratischen Systeme kennzeichnet. Die entscheidende Voraussetzung liegt für Frido Mann dabei im „werteorientierten miteinander gelebten Dialog“ (S. 13), welcher es der Demokratie ermöglicht, ihr zentrales Versprechen einzulösen: „Menschsein und Menschenwürde möglich zu machen“ (S. 15).

In seinem Buch changiert Frido Mann zwischen Ideengeschichte, Autobiographie und politischem Essay. Im ersten Drittel (S. 11-91) ordnet er die Ansprache „*The Coming Victory of Democracy*“ von Thomas Mann in seinen intellektuellen, politischen und persönlichen Kontext ein und setzt diese in Bezug zu anderen Demokratietheoretikern wie Hannah Arendt (S. 47-57). Der Erwerb des „Weißen Hauses des Exils“ durch die Bundesregierung und die damit verbundene Umwandlung des kalifornischen Wohnsitzes von Thomas Mann in ein deutsch-amerikanisches Begegnungszentrum dient dabei als Metapher für ein weiteres Kernargument von Frido Mann (S. 16-20): Wie schon während des Zweiten Weltkriegs hängt die Zukunft der Demokratien entscheidend von der Ausgestaltung des transatlantischen Verhältnisses ab.²

Der Hauptteil des Buchs befasst sich mit einer Lesereise von Frido Mann durch die „Unvereinigten Staaten von Amerika“ (S. 92-201). Seine Vorträge von der liberalen Ostküste und Washington über die „Midlands“ bis hin zur Pazifikküste hätten ihm „Amerikas zwei Gesichter“ gezeigt (S. 94).

¹ Diese Lesart wird auch von Frido Mann in seinem von der Friedrich-Naumann-Stiftung veröffentlichten Folgeessay getragen, vgl. Frido Mann: Was ist Demokratie? Chancen und Gefahren des Demokratieverständnisses in „Nachkriegs-Zeiten“ (2022), <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1260> [Zugriff: 06/2022].

² Vgl. Frido Mann: Das Weiße Haus des Exils (2018).

Während Mann am Anfang seines Buchs noch die Rolle der „östliche[n] Großmacht in Stalins Gefolgschaft“ bei der Wahl Donald Trumps hervorgehoben hatte (S. 11), geht er nun ausführlich auf die „zugespitzte Polarisierung“ ein, welche die amerikanische Demokratie zu erodieren droht (S. 132). Der Besuch einer Washingtoner High School verdeutlicht Mann allerdings gleichzeitig eine Stärke der amerikanischen Demokratie: die „kaum zu bewältigende bunte Vielfalt an freier Medienberichterstattung“ stehe in starkem Kontrast zu den „gleichgeschalteten Medien in Diktaturen“ (S. 137). Manns Blick auf den Zustand der US-amerikanischen Demokratie bleibt dementsprechend zwiespältig: Interkulturelle Impulse wie ein Auftritt des Isango Ensembles (S. 197-200) kontrastieren mit dem „Ungeist der Dialogverweigerung“, welchen Mann andernorts wahrnimmt (S. 126).

Im Anschluss an die Auseinandersetzung mit seiner Amerikareise befasst sich Frido Mann mit der „Zuspitzung der europäischen Krise der Demokratie“ während der Corona-Pandemie (S. 202-218) und der Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten und Querdenkern (S. 219-233). Dabei besorgt Mann nicht nur das Coronavirus, sondern auch die „moralische Pandemie“, die sich in „Gier, Hass oder Verblendung“ offenbare (S. 230). Als Antwort auf die „Lange Nacht der Demokratie“ erörtert Mann anschließend verschiedene Erneuerungsansätze wie das in Harvard entwickelte Modell einer „High Energy Democracy“ (S. 234-240) oder auch die „Black Lives Matter“-Bewegung (S. 240-245). Fruchtbar ist dabei vor allem seine Auseinandersetzung mit der Willensfreiheit als Voraussetzung und Maßstab der Demokratie: Mann verbindet hier Einblicke aus Philosophie, Theologie und Quantenphysik und subsumiert diese zu dem „Bekenntnis, dass Demokratie letztlich nichts anderes ist als ein politisches Instrumentarium für unseren immerwährenden Kampf um die Unversehrtheit der Würde des Menschen und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit [...]“ (S. 254).

Abschließend greift Mann noch einmal sein ambivalentes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten auf, denen er sich nicht nur durch seine Staatsangehörigkeit verbunden fühlt. Bereits in der Einleitung hatte er auf die vielfältigen „Enttäuschungen von Amerika“ wie den „Vietnamkrieg mit mehreren Millionen Toten“ und die „Präsidentschaft von George W. Bush“ hingewiesen (S. 18). Gleichzeitig bildet aber auch die Vorbildwirkung der Vereinigten Staaten einen Fixpunkt seiner Überlegungen – so sei der „bewundernswerte und geradezu tollkühne Kraftakt, die kommunistische Diktatur zu stürzen, der ostdeutschen Bevölkerung kaum so leicht gelungen [...], hätte sich diese nicht schon länger vorher durch ihre zunehmenden Westkontakte so Einiges von den westlichen Demokratien abschauen und im Geiste vorwegnehmen können“ (S. 25). Die Freiheitsstatue erscheint daher, trotz aller Ambivalenzen, als Wahrzeichen für die demokratische Idee, die dem „herrschaftsfreien, pluralistischen (föderalen) und offenen Prinzip der in der Verfassung der USA verankerten ‚amerikanischen Revolution‘“ Ausdruck verleiht (S. 169). Mann schließt dementsprechend mit dem Ausblick auf eine „neue transatlantische Hoffnung“, die er sowohl durch die Abwahl Donald Trumps als auch die Eröffnung des *Thomas Mann House* verkörpert sieht (S. 269-297). Es ist dabei vor allem die „nachrückende Generation“, der er bei der Bewältigung der vielfältigen Krisen der Gegenwart – vom Nationalismus bis hin zum Klimawandel – eine entscheidende Rolle zuweist.

In „Democracy will win“ nimmt Frido Mann keineswegs nur die Rolle des neutralen Beobachters ein. Im Gegenteil: Nicht nur in seiner Vorlesungsreihe, sondern auch in der leidenschaftsvollen Auseinandersetzung mit Populismus, Polarisierung und Polizeigewalt bietet sich Mann als wertorientierter Dialogpartner an, der die Tugenden der Geduld und Demut nie aus dem Blick verliert (S. 297). Es ist daher durchaus als Erfolg seines Anliegens zu werten, wenn manche Analysen zu Widerspruch einladen. So wird schon allein an den aufgewendeten Seitenzahlen deutlich, dass Mann der republikanisch geprägte Teil der Vereinigten Staaten letztendlich fremd bleibt. Und so sehr die Bemühungen der deutschen Regierung und des Bundespräsidenten Frank-Wal-

ter Steinmeier um kulturellen Austausch Lob verdienen – der militärische Schutzschirm der Vereinigten Staaten bleibt die wichtigste Garantie für das Überleben der Demokratie in Europa. Daher steht, gerade vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs, die Frage im Raum, welchen Schaden das „alte Europa“ und gerade auch Deutschland mit seiner „Äquidistanz zu Washington und Moskau“ angerichtet haben. Zuletzt bleibt auch offen, ob Expertenräte wirklich als Gegengewicht zur „Glasglockendemokratie unserer zunehmend überforderten Parlamente und Ausschüsse“ dienen können (S. 296) oder ob nicht im Gegenteil der repräsentativen Demokratie und dem Parlament wieder zu neuem Glanz verholfen werden sollte.

„Der wesentliche Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus ist“, so Mann, „dass der Faschismus ein hässliches, vergängliches Kind seiner Zeit ist, die Demokratie hingegen *zeitlos-menschlich*, und dass diese Zeitlosigkeit immer auch ein Maß an potentieller Jugend bedeutet“ (S. 40). Es ist die große Stärke von „Democracy will win“, diese Aussage durch lebendige, reflektierte und überraschende Analyse auf vielen Seiten immer wieder zu belegen. Besonders wertvoll ist dabei die Verknüpfung von Dialogbereitschaft und Werteorientierung. Mann legt überzeugend dar, dass Dialog mehr ausmacht, als Beliebtheit der Meinungen. Nur wenn Empathie, Werteorientierung und Verantwortungsgefühl den Austausch grundieren, ist es möglich, Demokratie als lebendigen Prozess zu gestalten. Damit dies gelingt, konkludiert Mann, braucht es „nicht lexikalisches Universalwissen, sondern die Einheit von *Geistes- und Herzensbildung*“ (S. 295). Dem ist wenig hinzuzufügen – außer vielleicht schweren Waffen im Kampf gegen die Undemokratie.

Berlin

Thomas Clausen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Hedwig Richter: Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

München: C.H. Beck, 2020, 400 S., 22 Abb. u. 3 Grafiken, ISBN: 978-3-406-75479-1

Demagogiegeschichte ist in Deutschland seit geraumer Zeit wieder „in“ und hat Konjunktur. Die Erforschung und Beschreibung der Demokratie, ihrer Neugründung mit Beginn der Moderne in den transatlantischen Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts, aber auch ihrer unterschiedlichen Theorien, Formen und ihrer Entwicklung in den letzten zweihundert Jahren stoßen in den einschlägigen Wissenschaften wie in der breiten Politik und Öffentlichkeit auf ein immer größeres Interesse. Hieran haben Historiker, Politologen und andere Sozialwissenschaftler entscheidend Anteil, da sie die Demokratie und ihre Geschichte in den vergangenen Jahren als Kern der staatsbürgerlichen Selbstverständigung in freiheitlich verfassten Staaten und Gesellschaften wiederentdeckt, ihre Vermittlung als Aufgabe der nationalen Bildungsarbeit bestimmt und sich ihr verstärkt zugewandt haben. Dabei geht es der Forschung um die Auseinandersetzung mit jenen Akteuren, Stätten und Ereignissen, die „als Wegbahner, Erinnerungsorte und Kristallisationspunkte deutscher Demokratie und Republik gelten können“, „in Politik und Gesellschaft identitätsstiftend und traditionsbildend wirken und auf die sich auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik“ berufen kann.¹ Letztlich wurde „viel zu lange“ mit den Kennzeichen der Demokratiegeschichte „stiefmütterlich umgegangen“, früher berühmte Persönlichkeiten waren oft „nur noch dem Namen nach“ oder „als bloßes Zerrbild bekannt“, und es herrschte eine „geringe Wertschätzung“ gegenüber den freiheitlichen Bewegungen, die „selbst nach 1945, nach Diktatur, Weltkrieg und Völkermord“ fortwirkten.²



Genau in dem Zusammenhang ist das Buch von Hedwig Richter zu sehen, das einige Kontroversen ausgelöst hat. Die Historikerin an der Universität der Bundeswehr München interessiert sich „für das normative Projekt der Demokratie“, das sich „in enger Verbindung mit Vorstellungen von Menschenwürde herausgebildet“ habe, einen universalen Anspruch vertrete und sich gemäß der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung den Menschen in ihrem Streben nach Glück verpflichtet fühle. Bei der Konzeption der Studie geht sie von drei grundlegenden Begriffsbestimmungen aus: So verwendet sie einen weiten Demokratiebegriff und weist darauf hin, dass ihre Definition „die oft widersprüchlichen Anfänge“ und „divergierenden Entwicklungen“ der Demokratie besser abbilden, aber auch deren Frühformen leichter mit einbeziehen könne (S. 10 f.). Mit Blick auf die Werte der Demokratie räumt sie der Gleichheit gegenüber der Freiheit einen höheren Rang ein, da jene für sie „das Herzstück von Demokratie“ bildet. Die Vorrangstellung der Gleichheit – abzulesen an der berühmten Formel der Französischen Revolution, die bei ihr in Abweichung vom historischen Pendant stets „Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit“ lautet

¹ Birgit Bublies-Godau: Demokratie/ Demokratismus – Republik/ Republikanismus. In: Norbert Otto Eke (Hrsg.): Vormärz-Handbuch, Bielefeld 2020, S. 66-75, hier S. 74.

² Frank-Walter Steinmeier: Geschichte für die Republik. Was wir den Wegbereitern der deutschen Demokratie verdanken und warum sie für unser Land so wichtig bleiben. In: Ders. (Hrsg.): Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918, München 2021, S. 11-23, hier S. 13 u. 15.

(S. 9 f.) – ist für die Studie genauso zentral wie ihr Verständnis von Revolutionen. Zwar hätten jene „zweifelloso“ „für Demokratisierungsprozesse eine wichtige Rolle“ gespielt, zugleich ist sie aber davon überzeugt, dass „gewaltförmige Wandlungsprozesse eher zu Diktaturen führen“, dagegen „friedfertige Reformen mehr Potential zur Demokratisierung aufweisen“ würden. Der Abwertung von Revolutionen und ihre Gleichsetzung mit bürgerkriegsähnlichen Umstürzen und politischem Rückschritt stellt sie die Aufwertung von Reformen gegenüber, die sie beachten will (S. 12).

Aufbauend auf diesem Begriffsapparat ist es Richters Ziel, eine Geschichte der Demokratie zu erzählen, die die „Geltung [der] Menschenwürde in den sich wandelnden Zeiten“ schildert und die wachsende Bedeutung einer demokratischen Ordnung für die Einwohner eines Staates herausarbeitet. Hier richtet sich das Erkenntnisinteresse auf die Akzeptanz der Demokratie und damit auf die Frage, wie jene „zur Angelegenheit der Bürger und zunehmend auch der Bürgerinnen“ in Deutschland wurde (S. 10). Bei der Umsetzung des Vorhabens werden vier Thesen verfolgt. Dabei schließen die ersten beiden an Ansätze aus der Elitenforschung an, wonach Demokratiegeschichte „häufig ein Projekt von Eliten“ sei und „immer auch die Geschichte ihrer Einschränkung“ meine. Entsprechend wird in der Studie Demokratiegeschichte als eine Geschichte der Eliten und der von diesen geförderten Reformen präsentiert, die deren Herrschaftsanspruch und Machterhalt, der „Disziplinierung der Bürger“, aber auch dem Schutz der Freiheit, dem Ausgleich von Interessen und der Ausbalancierung von Macht dienen konnten. Untersucht werden überwiegend „wenige kluge und privilegierte Frauen“ und „gebildete Männer“, die „für die Idee der Gleichheit eintraten“ (S. 11-13).

Die für Richter maßgebliche „Relevanz von Reformen und der Einschränkung der Demokratie“ (S. 13) führt zur dritten These, die deren Durchsetzung mit der Körper- und Emotionsgeschichte verbindet. Jene analysiert, wie Armut, Hunger, Folter oder Unterdrückung Gefühle des Mitleids und der Empörung weckten, Ungleichheit als Unrecht empfunden wurde und darauf Reformmaßnahmen eingeleitet wurden. Diese Untersuchungsgebiete erschließen für die Demokratiegeschichte neues Terrain aus der Geschichte der Menschenrechte, des Strafvollzuges, des Kolonialismus, der Sozial-, Frauen- und Geschlechtergeschichte. An die damit eingeführte länderübergreifende Perspektive knüpft die vierte These an, laut der Demokratiegeschichte auch als internationale Geschichte gesehen werden müsse. Für Ideenhistoriker zwar kein neuer, sondern ein langbewährter Forschungsansatz steht derselbe nach Ansicht der Verfasserin noch nicht genügend im Fokus der Historiographie, die dazu tendiere, Demokratiegeschichte „als nationale Demokratiewerdung“ zu erzählen. Dabei würden demokratische Staaten im nordatlantischen Raum parallele Entwicklungen durchlaufen, und deshalb sollten die transnationalen Bezüge im deutschen Fall deutlicher aufgezeigt werden (S. 15).

Da die Rezension nicht die gesamte Studie vorstellen kann, konzentriert sie sich im Folgenden auf die ersten zwei der insgesamt fünf Kapitel und damit auf jene Teile der Darstellung, die den Zeitraum von ungefähr 1789 bis 1870/71 abdecken. Dabei werden im ersten Kapitel „Eliten und Volk“ (S. 19-57) neben der Ächtung der Folter auch die Gleichheitsideen der Französischen Revolution, die staatlichen Reformbemühungen am Beispiel der preußischen Städteordnung und die Einführung von Verfassungen in den Einzelstaaten des Deutschen Bundes in der Restaurationsära behandelt. Dagegen steht im zweiten Kapitel „Inklusion und Exklusion“ (S. 59-116) die Epoche des Vormärz und der Revolution von 1848/49 im Mittelpunkt. Hier werden die Folgen der Industrialisierung und die Diskussionen um die soziale Frage erörtert, aber auch die Partizipations- und Rechtsforderungen, wie sie bei den Versammlungen in Offenburg und Heppenheim und bei der Einberufung des Vereinigten Landtags in Preußen 1847 formuliert wurden. Im Anschluss daran wird auf das Werk der Paulskirche, die Frage der Frauenemanzipation und die Bewertung der Revolution eingegangen.

Dass in einer Studie zur Demokratiegeschichte die Begriffs-, Ideen- und Politikgeschichte keine Rolle spielt; dass in der Analyse mit einem negativ konnotierten Revolutionsbegriff operiert wird; dass der Freiheit als politisch grundlegendem Wert der Demokratie nicht die gleiche Bedeutung beigemessen wird wie der Gleichheit und diese in erster Linie unter dem Blickwinkel ihrer Einhegung betrachtet wird; dass überdies Demokratiegeschichte nicht auch als ein „Anliegen des ‚Volkes‘“, als der „Kampf von unten“ verstanden wird (S. 11 f.), erscheint für das hier angesprochene Zeitalter der Revolutionen und Nationalstaaten von 1776 bis 1870/71 inhaltlich wie konzeptionell als recht problematisch. Denn erst in dieser Epoche wurden die Grund- und Freiheitsrechte prinzipiell erstritten, schriftlich fixiert und institutionell verankert und damit das Fundament für die demokratischen Staats- und Verfassungsordnungen des 20. Jahrhunderts gelegt. Die Folge dieser eingeschränkten Betrachtungsweise zugunsten von Gleichheit und sozialer Frage ist, dass in dem Werk fast alle, auch international ausgerichteten Freiheitsbewegungen in den deutschen Staaten zwischen 1789 und 1848 entweder überhaupt nicht oder nur ansatzweise zur Sprache kommen: Dies gilt für die rheinischen Jakobiner und studentischen Vereinigungen genauso wie für die Bewegungen des Philhellenismus und der Polenfreundschaft oder die konstitutionellen Bestrebungen im Vormärz. Vor allem gilt das aber für das Hambacher Fest 1832, demokratische Massendemonstration und politische Volksversammlung, das von über 20.000 Menschen, Männern und Frauen, auch aus anderen Ländern Europas, besucht wurde und in dem Werk nur in zwei Sätzen behandelt wird.

Wirklich erstaunlich ist allerdings, dass entgegen einem zentralen Anliegen der Studie, engagierte Frauen sichtbarer zu machen, mit Ausnahme der omnipräsenten Louise Otto-Peters sowie der jeweils einmal erwähnten Bettine von Arnim, Friederike Flieckner und Amalie von Sieveking keine weitere deutsche Protagonistin fortschrittlichen Gedankengutes und freiheitlicher Bewegungen dieser Epoche thematisiert wird. Es gibt keine Erklärung dafür, warum einstmals bekannte Frauenrechtlerinnen, die ein breites Spektrum der bürgerlichen Gesellschaft abdeckten, weltanschaulich unterschiedlichen Richtungen angehörten und sich zwischen Restauration und Reichsgründung für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sowie für die Gleichstellung der Frau und moderne Formen des Zusammenlebens einsetzten, nicht in die Demokratieerzählung integriert werden. Gemeint sind etwa Mathilde Franziska Anneke, Louise Dittmar, Emma Herwegh, Johanna Kinkel, Fanny Lewald-Stahr, Henriette Obermüller-Venedey, Amalie Struve oder Kathinka Zitz-Halein.

Der Eindruck, dass die inhaltlichen Leerstellen etwas mit der unzureichenden Kenntnis der Fachliteratur zu tun haben, ist nicht ganz unbegründet. Denn in den Anmerkungen und im Literaturverzeichnis der Studie finden sich zwar Aufsätze zum weiblichen revolutionären Handeln – darunter von Susanne Asche, wie die zitierte Forscherin heißt, nicht „Asch“ (S. 84, 340 u. 368) –, jedoch fehlen etliche Arbeiten zur deutschen Revolution von 1848/49 sowie die Ausstellungskataloge und Literaturberichte, die zum 150. Jubiläum erschienen sind. Auch vermisst der sachkundige Leser neuere Überblicksdarstellungen, Biographien sowie wichtige Spezialstudien, etwa zur Paulskirchenlinken oder Reichsverfassungskampagne. Die fehlende Rezeption hat unmittelbare Auswirkungen auf die Beurteilung bestimmter Personen und Ereignisse, vor allem was den Verlauf und die Folgen der Revolution anbelangt. Zum Beispiel werden die Erhebungen in Sachsen, der Pfalz und Baden im zweiten Revolutionsjahr nicht detailliert, sondern nur auf insgesamt eineinhalb Seiten behandelt. Diese unzulängliche Betrachtung führt zusammen mit der mangelnden Beachtung des Forschungsstandes zu der verkürzten, letztlich falschen Einschätzung, dass sich im Großherzogtum Baden im Mai und Juni 1849 „der Radikalismus“ entzündet habe und es „zu revolutionärem Terror“ gekommen sei (S. 97). Wenig differenziert fällt auch das Urteil über die Akteure aus, die nach der Niederschlagung der Revolution wegen der drohenden strafrechtlichen Verfolgung ins Exil gehen mussten. Diese politischen Flüchtlinge, darunter die Forty-Eighters, die sich ideologisch stark unterschieden, werden ebenfalls alle, ohne Unterschied, als „radikale Geister“ bezeichnet (S. 115).

Zusammenfassend fällt die Bilanz zu Hedwig Richters Buch über die Geschichte der Demokratie in Deutschland zwiespältig aus. Vor allem für Vormärz- und Revolutions-, aber auch für Liberalismus- und Demokratieforscher und nicht zuletzt für Ideen- und Politikhistoriker ist die Lektüre nicht nur gewinnbringend. So stehen zwar auf der einen Seite die neu erschlossenen innovativen Untersuchungsansätze aus der Körper-, Emotions-, Strafrechts-, Kolonialismus-, Frauen- und internationalen Geschichte, die viele weiterführende Analysekatégorien und Deutungsperspektiven für die künftige Forschung und zusätzliche Bausteine für die Demokratieggeschichte liefern. Dem stehen aber auf der anderen Seite einige methodische Überlegungen, terminologische Bestimmungen und Verschiebungen bei der Gewichtung der Werte der Demokratie gegenüber, die dazu führen, dass es weitreichende Auslassungen in der Untersuchung gibt und in der Folge etliche für die frühe deutsche Demokratieggeschichte elementare Freiheitsbewegungen ausgeblendet oder klein geredet werden.

Am Ende sind es genau jene Teile der Studie, die Experten ratlos zurücklassen, da die Ergebnisse der neueren Forschung nicht zur Kenntnis genommen werden und so eine Reihe von Fehleinschätzungen entstehen, die die Fachhistorie schon längst für überwunden hielt. Eine umfassende, moderne deutsche Demokratieggeschichte unter Einbeziehung des langen 19. Jahrhunderts, gerade auch der Zeit zwischen 1789 und 1870/71, ist nach wie vor ein großes Desiderat in der deutschen Geschichtswissenschaft und muss erst noch geschrieben werden, und zwar unter Berücksichtigung *aller* für die Demokratie bedeutender und sie kennzeichnender Bewegungen. Dabei sollten die erneuerten Ansätze der klassischen Felder der Historiographie genauso wie jene jüngerer Bereiche genutzt, miteinander verbunden und produktiv eingesetzt werden. Richters Werk bietet dafür wichtige Gedankenanstöße und die passenden Erweiterungen, mehr aber bedauerlicherweise nicht.

Dortmund/Bochum

Birgit Bublies-Godau



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Jörg Koch: Einigkeit und Recht und Freiheit. Die Geschichte der deutschen Nationalhymne.

Stuttgart: Kohlhammer, 2021, 218 S., 33 s/w Abb., ISBN: 978-3-17-040184-6

Zwei Bemerkungen sind vom Rezensenten vorzuschicken: Der Titel ist etwas missleitend, da es nicht allein um die Geschichte des „Deutschlandliedes“ geht, sondern im weiteren Sinne um die „Nationalhymnen“ seit Beginn des deutschen Nationalstaates. Und man sollte, um dem Autor gerecht zu werden, nicht den Maßstab der strengen Wissenschaftlichkeit anlegen. Zielgruppe sind eher die allgemein „politisch Interessierten“, mithin die Politische Bildung.

Und für die liberale Erwachsenenbildung lohnt sich die Behandlung der Nationalhymne allgemein und des „Deutschlandlieds“ im Speziellen, hat doch letzteres in Entstehung und Geschichte eine enge Affinität zum Liberalismus, zumindest in den ersten hundert Jahren. Denn der Urheber war ein Anhänger jenes liberaldemokratischen Patriotismus, der über weite Strecken des 19. Jahrhunderts die politische Agenda prägte. August Heinrich Hoffmann (1798-1874), der sich später zur Unterscheidung den Namen seines niedersächsischen Geburtsortes beilegte, wurde politisch und wissenschaftlich im Umfeld der Brüder Grimm sozialisiert. 1843 wurde er als „Radikaler“ aus den Diensten der Universität Breslau entlassen, war dann „freier Schriftsteller“, ehe er in seinen letzten Jahren die Bibliothek des altherwürdigen Klosters Corvey kuratierte.

1841 hatte er seine nationalen und liberalen Überzeugungen bei einem Helgoland-Urlaub – bis 1890 Teil Großbritanniens – in einem Gedicht kondensiert, für das er vom Hamburger Verleger Campe vier Louis d'or bzw. 20 Taler erhielt (S. 33), was ein beträchtliches Salär war. Kurz darauf wurde das „Deutschlandlied“ erstmals in Verbindung mit der von Joseph Haydn komponierten Melodie der Habsburger Kaiserhymne in Hamburg zu Ehren des liberalen Vordenkers Carl Theodor Welcker intoniert und begann dann seinen Siegeszug innerhalb der liberalen Nationalbewegung.

1922 wurde es für den Verfassungstag von Reichspräsident Friedrich Ebert als Nationalhymne der Weimarer Republik angeordnet, dreißig Jahre später haben Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer diese Anordnung in einem „öffentlichen“ Briefwechsel erneuert, und dabei ist es nun seit siebzig Jahren geblieben, trotz aller Versuche nach der Wiedervereinigung von linker und ostdeutscher Seite, einen Austausch herbeizuführen.

Diese bekannte Geschichte wird von Jörg Koch in dreizehn Kapiteln erzählt, wobei die Entstehung des Hoffmannschen Werkes und die späteren Diskussionen darüber im Mittelpunkt stehen. Weitere Kapitel sind auch den „konkurrierenden“ Hymnen wie „Heil Dir im Siegerkranz“ im Kaiserreich, das „Horst-Wessel-Lied“ nach 1933 und „Auferstanden aus Ruinen“ in der DDR gewidmet, mit jeweils ausführlichen Informationen zu den Urhebern, der Vertonung und der Rezeption.



Es geht dabei hauptsächlich um Informationsvermittlung, eine leitende Fragestellung fehlt ebenso wie eine Bibliographie, was die Auflösung der Fußnoten zu den häufig sehr umfangreichen Zitaten erschwert. Es wird dann auch nicht wirklich den bemerkenswerten Befunden weiter nachgegangen: So teilt Koch mit, dass 1901 bei der Einweihung des Berliner Bismarck-Denkmal in Anwesenheit des Kaisers zum Schluss „Deutschland, Deutschland über alles“ erklang, welches einige Zeitungen als Absingen der „Nationalhymne“ bezeichneten wie das Berliner Tageblatt und die Berliner Börsen-Zeitung (vgl. S. 53), andere aber nicht: In der Vossischen Zeitung ist vom „Gesang ‚Deutschland, Deutschland‘“ die Rede. Nun hatte das deutsche Kaiserreich keine offizielle Nationalhymne, sondern nur eine „Kaiserhymne“, eben „Heil Dir im Siegerkranz“.

Wenn aber das Deutschlandlied schon 1901 als zumindest inoffizielle Nationalhymne galt, dann erscheint nicht nur Eberts Anordnung zwei Jahrzehnte später, sondern auch der so genannte „Mythos von Langemarck“ vom November 1914 in einem anderen Licht,¹ selbst wenn man diesen allein schon deshalb in das Reich des Mythos weisen muss, weil ein infantristischer Sturmangriff mit lautem Gesang technisch und taktisch eher unsinnig ist. Aber die Legende entfaltete trotzdem eine unheilvolle Wirkung, da fortan das Lied insbesondere mit seiner ersten Strophe von der militaristischen Rechten vereinnahmt wurde.

Das wiederum erklärt, warum Liberale im 20. Jahrhundert so ihre Schwierigkeiten mit dem Deutschland-Lied trotz seiner (national-)liberalen Genese hatten, welche hier noch einmal inklusive der ominösen ersten Strophe dargelegt wird (vgl. S. 27 ff.). Theodor Heuss wollte bekanntlich eine neue Hymne für die frisch gegründete Bundesrepublik und musste sich dann der „Volksmeinung“ und Adenauers Gespür dafür beugen. Eine ziemlich ähnliche Argumentation findet sich übrigens schon bei Erich Koch-Weser während seiner Zeit als Reichsinnenminister. Der DDP-Politiker erhob 1920 Bedenken beim Vorstoß seines Parteifreundes, Reichswehrminister Otto Gessler, da die erste Strophe des „Deutschlandliedes“ im Ausland missverstanden werden könnte und der Text insgesamt zu „bürgertums-nahe“ sei (vgl. S. 104 ff.). Aber Koch-Weser sah keine Alternative und dürfte erleichtert gewesen sein, dass es der Sozialdemokrat Ebert war, der dann den offiziellen Schritt tat. Die Ambivalenz des Textes lebte aber fort, weshalb sich auch die Nationalsozialisten mit der Hymne der verhassten Weimarer Republik arrangieren konnten. Die heute geltende Beschränkung auf die dritte Strophe ist insofern ein kluger Schachzug, der zwischen Volkstümlichkeit und „offizieller Botschaft“ geschickt austariert; da ist Kochs knappem Fazit sicher zuzustimmen (vgl. S. 208).

Seine Darstellung zielt wie gesagt nicht auf die Wissenschaft, sondern auf die Politische Bildung. Der bietet sie eine informative und leicht zugängliche Handreichung, auch wenn man sich insgesamt eine gründlichere Redaktion angesichts etlicher Flüchtigkeitsfehler gewünscht hätte.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



¹ In dem Zusammenhang war aber offensichtlich nicht von „Nationalhymne“ die Rede, auch nicht in Friedrich Naumanns Kriegschronik in der „Hilfe“ unter dem 11.11.1914.

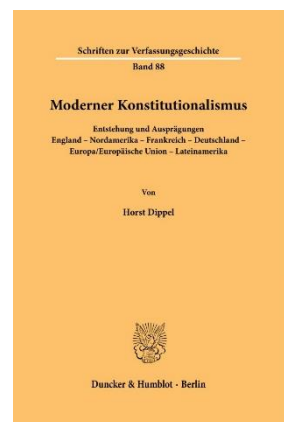


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Horst Dippel: Moderner Konstitutionalismus. Entstehung und Ausprägungen. England – Nordamerika – Frankreich – Deutschland – Europa/Europäische Union – Lateinamerika.

Berlin: Duncker & Humblot, 2021 (= Schriften zur Verfassungsgeschichte, Band 88), 848 S., ISBN: 978-3-428-18129-2

Der schwergewichtige, fast 850 Seiten umfassende Band des Verfassungshistorikers Horst Dippel, den er als Band 88 in den renommierten „Schriften zur Verfassungsgeschichte“ veröffentlicht, enthält nicht weniger als 43 Aufsätze und Beiträge, die erstmals in den dreißig Jahren zwischen 1989 und 2020 verstreut veröffentlicht wurden. Gerade einmal die Hälfte von ihnen war auf Deutsch, viele dagegen auf Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch erschienen und wurden nun zumeist vom Autor selbst übersetzt, überarbeitet und teilweise völlig neu gefasst. Aktualisiert wurden die Aufsätze allerdings weder inhaltlich noch bibliographisch. Das ist nur dann misslich, wenn – wie im Falle des Kurfürstentums Hessen und des Königreichs Westphalen – bereits die früher verfügbare Literatur nur unzureichend berücksichtigt wurde. Mit dem vorliegenden Band beabsichtigt der emeritierte Kasseler Lehrstuhlinhaber für die Geschichte Nordamerikas und Großbritanniens, seine gesammelten Aufsätze einem breiteren wissenschaftlichen Leserkreis zugänglich zu machen. Schließlich ergänzen sie auch seine umfassenden Editionen von Verfassungstexten bis 1850, die er zwischen 2005 und 2014 in 33 Bänden herausgegeben hat.



Zusammen ergeben Dippels Einzelstudien ein monumentales Werk über das im 20. Jahrhundert global gewordene Phänomen des modernen Verfassungsstaates in seinen verschiedenen nationalen und regionalen Ausprägungen. Die Gliederung in insgesamt acht Kapitel wird nach einer thematischen Einführung von der Geographie bestimmt; neben die Studien über die europäischen konstitutionellen Staaten England, Frankreich und die deutschen Einzelstaaten treten acht Aufsätze über Nord- und zwei Artikel über Lateinamerika. Nicht berücksichtigt ist die Konstitutionalismus-Geschichte nach der Dekolonisierung in Asien und Afrika. In der Einführung wird die Frage der Globalisierung des Konstitutionalismus nach 1945 zwar kurz erwähnt, aber nicht konkretisiert. Zeitlich reichen die Beiträge von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Angereichert hat der Verfasser diese Anthologie durch Vorwort, Schlusswort und ein nützliches Verfassungs- und Personenregister.

Die Klammer aller Beiträge bilden das Vorwort sowie ein 2005 zuerst erschienener Aufsatz über den „Modernen Konstitutionalismus“. Hierin stellt Dippel klar, dass er im Kern die geschriebenen Verfassungstexte und ihre historischen Kontexte erforscht, um zu einer „Genealogie unserer heutigen Verfassungen“ zu gelangen und deren „Erbinformationen“ zu dechiffrieren. Das „Modell der Verfassungen des modernen Konstitutionalismus“ habe sich in den letzten 250 Jahren „zunehmend weltweit durchgesetzt“ und damit eine „singuläre Anziehungskraft“ bewiesen. Dippel legt Fallstudien vor und bietet in der Gesamtschau eine „breite Palette von Beispielen“ für die

„nationalen, regionalen und globalen Dimensionen“ und Formen des modernen Konstitutionalismus (alle Zitate aus dem Vorwort S. 1-6).

Um zu einer Geschichte des modernen Konstitutionalismus zu gelangen, müsse man die Verfassungstexte präzise untersuchen und historisch kontextualisieren, um zehn konstitutionelle Grundprinzipien herauszuarbeiten. Diese zehn Prinzipien erkennt der Verfasser bereits in der Virginia Bill of Rights von 1776, wie er in dem einführenden Aufsatz herausarbeitet. Dass er diesem inzwischen siebzehn Jahre alten Text den Untertitel „Eine unbekannte Geschichte“ hinzufügt, verwundert allerdings. Denn natürlich ist über Text und Geschichte der Rechteerklärung von Virginia schon mannigfach geforscht worden, und die Wirkungsgeschichte der weltweit ersten geschriebenen Verfassung ist somit alles andere als unbekannt.

Neben den nationalen Verfassungsgeschichten hat der Autor auch immer wieder die regionalen Varianten im Blick. Dies zeigt sich in den Studien zu einzelnen amerikanischen Bundesstaatsverfassungen (Rhode Island, Wisconsin) ebenso wie in Beiträgen über die einzelstaatlichen deutschen Konstitutionen (Westphalen, Kurhessen). Auch die handelnden Personen der Verfassungsgeschichte werden in verschiedenen Artikeln, wie denjenigen über Marquis de Condorcet und Karl von Rotteck, gewürdigt. Schließlich stehen auch Rezeptionsprozesse (amerikanische Verfassung, Verfassung von Cadix) sowie einzelne Verfassungsbereiche wie die Menschenrechte, das Wahlrecht, das Zweikammersystem oder der Minderheitenschutz im Blickpunkt.

Letztlich zeigt sich in der Zusammenbindung der Aufsätze der missionarische Drang des Autors, mit seiner umfassenden These von der Genealogie des „modernen Konstitutionalismus“ Gehör zu finden. Dabei sind seine Erkenntnisse über eine allmähliche, stufenweise, diskontinuierliche, insgesamt aber erfolgreiche Verfassungsgeschichte der letzten zweieinhalb Jahrhunderte weder neu noch revolutionär. Dippel kann gleichwohl in seinen Beiträgen sehr eindrucksvoll die Genealogie vieler Verfassungstexte nachweisen und ihre Verwobenheit mit der Politik- und Ideengeschichte aufzeigen. Keine Frage ist dabei, dass liberale Akteure in der Geschichte des Konstitutionalismus eine zentrale Rolle eingenommen haben, schließlich erwiesen sich immer wieder Liberale als Verfassungsväter. Einige von ihnen, wie Friedrich Christoph Dahlmann und Hugo Preuß, nicht hingegen Theodor Heuss oder Friedrich Naumann und nur kurz Sylvester Jordan (um deutsche Beispiele zu nennen), werden hier erwähnt. Auch zählen die wichtigsten Prinzipien der Verfassungstexte zu den zentralen Forderungen und Errungenschaften des liberalen und demokratischen Rechtsstaats, für dessen Durchsetzung sich der Liberalismus als politische Bewegung über mehr als zweihundert Jahre eingesetzt hat.

Allein die Übersetzung und damit bessere Zugänglichkeit von mehr als zwanzig Einzelstudien Dippels besitzt einen Wert an sich und wird auch die künftige Erforschung der internationalen vergleichenden Verfassungsgeschichte stimulieren. Mit seinen hier vorgelegten Aufsätzen öffnet der Verfasser Türen für ein „zeitgemäßes Narrativ“ (S. 5) moderner Verfassungsgeschichtsschreibung bei Historikern und Juristen gleichermaßen.

Wuppertal/Gummersbach

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Wolfram Pyta (Hrsg.): Krieg und Revolution. Historische Konstellationen seit der Französischen Revolution.

Stuttgart: Kohlhammer, 2022 (= Geschichte in Wissenschaft und Forschung), 250 S., ISBN: 978-3-17-039908-2

Am 27. Februar 2022 sagte Bundeskanzler Scholz im Deutschen Bundestag: „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“ Scholz beantwortete den russischen Einmarsch in die Ukraine umgehend mit einer appellativen Rhetorik dichotomer Alternativen: Es ginge um die Frage, „ob Macht Recht brechen darf“, ob man Putin gestatte, „die Uhren“ ins Großmachtdenken des 19. Jahrhunderts zurückzudrehen.

In den letzten Jahren wurde zum Ersten Weltkrieg und der Bürgerkriegslage am Beginn der Weimarer Republik viel geforscht. Der vorliegende Sammelband des Stuttgarter Hindenburg- und Hitler-Biographen Wolfram Pyta legt den Akzent auf den Nexus von Krieg und Revolution sowie die kommunikativen Voraussetzungen dieses Nexus: Kriege haben oft revolutionäre Folgen, und Revolutionen führen zu neuen Kriegen. Sie werden in immer neuer Weise kommuniziert und propagiert, gedeutet, in Bilder, Mythen und Legenden übersetzt, die ihrerseits Folgen haben, mögliche Geschichte präfigurieren und weiter wirken. Jörg Leonhard zeigt einleitend im souveränen Überblick, wie die Politik aus der Französischen Revolution „lernte“: Schon die preußischen Reformer erkannten die Möglichkeit einer „Revolution von oben“. Während Marx nach 1848 seinen revolutionären Aktivismus bald begrub, sahen gegenrevolutionäre „weiße“ Politiker wie Napoleon III., Cavour oder Bismarck die Chancen reformistischer Revolutionsabwehr und Stabilisierungspolitik. Der liberale Ludwig Bamberger bezeichnete den preußischen König und Bismarck deshalb als wahre Erben und Vertreter der „Revolution“ (S. 61), weshalb der Nationalliberalismus sich auch mit Bismarck arrangierte. Sebastian Rojek zeigt in einer längeren Abhandlung, dass die „Dolchstoßlegende“ von 1918/19 eine Vor- und Nachgeschichte hatte, die bis in die Bundesrepublik reicht. Die Selbstbeschreibung und Selbstdeutung der „Revolution“ von 1918/19 erfolgte im Streit um Deutungshegemonien sehr direkt in Echtzeit auch durch neue Medien wie den Film. Das große Spektakel der Revolution war mancherorts in der Provinz mehr eine Posse, wie Benjamin Ziemann ausführt.

Der Band enthält weitere lesenswerte Beiträge u.a. zum faschistischen Jugendkult in Italien (Sven Reichardt) und Spanischen Bürgerkrieg (Marleen Bidwell-Steiner). Ein geschichtstheoretischer Beitrag von Lucian Hölscher differenziert Typen historiographischer Erfassung geschichtlicher Ereignisse. Der Herausgeber Wolfram Pyta verdeutlicht die grundsätzlichen und methodologischen Absichten des Bandes, seinen Vorschlag zur näheren Erforschung des historischen Nexus von Krieg und Revolution, in seiner längeren Einleitung: Er schlägt eine historische Analyse der Rhetorik von „Entscheidungskulturen“ vor, Rhetorik im weiten Sinne als Pragmatik der Kommunikation verstanden, und nennt hier über die einzelnen Beitragsthemen hinaus etwa den



„Ehrdiskurs“: Die dynastische oder nationale „Ehre“ spielte im 19. Jahrhundert als Kriegsmotiv eine andere Rolle als in Deutschland nach 1918.

Für die „Zeitenwende“ von 2022 gefragt: Lebt nicht nur Putin – aus deutscher historiographischer Sicht – heute noch im 19. Jahrhundert, wie Scholz im leicht ironischen Konter gegen Putins geschichtspolitische Legitimationsszenarien meinte, sondern auch der tapfere, zum Martyrium gleichsam in Kosakenmythologie fest entschlossene ukrainische Widerstand, der den Zwang zum Postheroismus im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel gefährlich vernachlässigt? Die Notwendigkeit einer Deeskalation ist mit der alten Rhetorik eines nationalen Verteidigungskrieges nicht vereinbar. Achten wir also auf die Rhetorik der neuen Kriege und schwachen Möglichkeiten und Chancen semantischer Abrüstung und Deeskalation.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

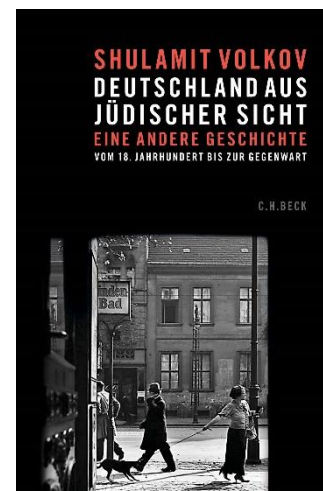
Shulamit Volkov: Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Aus dem Engl. von Ulla Höber. München: C.H.Beck, 2022, 336 S., ISBN: 978-3-406-78171-1

Peter Longerich, ein bekannter Historiker über den Nationalsozialismus, hat unlängst die Geschichte des modernen Antisemitismus als „deutsche“ Geschichte beschrieben: als polemisches Gegenbild des deutschen Nationalismus (Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte von der Aufklärung bis heute, München 2021). Shulamit Volkov, 1942 geboren, Professorin in Tel Aviv und Pionierin sozialgeschichtlicher Betrachtung des Judentums, wählt den gleichen Zeitraum, betrachtet Deutschland aus jüdischer Sicht aber geschichtspolitisch letztlich mit „Optimismus“, indem sie nach den Folgen der Geschichte für die Zukunft fragt.

Hannah Arendt hatte einst von einer „verborgenen Tradition“ des Judentums in Deutschland gesprochen: von einer Dialektik von Paria und Parvenu, in der der Paria die relative soziale Sicherheit des Parvenu suchte und doch immer wieder als Paria behandelt wurde. Volkov wagt es dagegen, trotz aller Widerstände, reaktionären Gegenkräfte, Rückschläge und Katastrophen, für das „lange“ assimilationistische 19. Jahrhundert von einer relativen „Erfolgsgeschichte“ zu sprechen: „Über lange Zeitabschnitte konnte die jüdische Geschichte in Deutschland als Erfolgsgeschichte verstanden werden“ (S. 243). Ihre „andere Geschichte“ Deutschlands zielt, analog der Etablierung der Sozial- oder Frauengeschichte, gegen die Marginalisierung auf eine selbstverständliche Einbeziehung und Integration „jüdischer“ Aspekte in die allgemeine Nationalgeschichtsschreibung. Deshalb zieht sie auch wissenschaftsgeschichtliche Nebenbemerkungen zum Stand der Historiographie durchgängig ein. Geschichtspolitisch und wissenschaftsgeschichtlich schließt sie (S. 299 ff.) mit dem aktuellen Stand: Holocaust und jüdisches Schicksal lassen sich heute nicht mehr ignorieren, marginalisieren oder gar verleugnen.

Die knappe Überblicksdarstellung zeigt diese Einbeziehung „jüdischer“ Aspekte an zentralen Wendepunkten: so für das Verhältnis von Haskala und deutscher Aufklärung oder die „Frage der jüdischen Emanzipation“ und staatsbürgerlichen Gleichstellung 1815 beim Wiener Kongress (S. 51 ff.). Sie betont etwa, dass die 1848er-Historiographie die antijüdischen Unruhen und Ausschreitungen des Plebs lange ignoriert habe (S. 92 ff.), zeigt sozialhistorisch auf Basis nüchterner Zahlen, wo genau assimilierte Juden Modernisierungsavantgarde waren: weder in der Landwirtschaft noch der Industrie, aber beim Handel und in den freien Berufen (Arzt, Anwalt), mit ganz signifikantem Vorsprung in der Bildung (gerade auch der Mädchen). Deutschland schien trotz allem um 1900 liberaler zu sein und zu werden als etwa Frankreich oder Russland. Die antisemitische Radikalisierung erfolgte vor und nach 1918 mit Weltkrieg und Revolution, Dolchstoßlegende und der polemischen Identifikation von Judentum, Bolschewismus und Kapitalismus.



Volkov deutet die Debatten um den „Primat des Holocaust“ nur an: die Frage, ob „der Kriegskontext geschaffen wurde, um die vollständige Vernichtung der Juden zu ermöglichen“ (S. 240). Sie skizziert zwar, dass nur wenige Überlebende in Deutschland blieben oder zurückkehrten, erinnert an antisemitische Anschläge und Affären, wie die Walser-Rede (S. 292 ff.), schließt aber dennoch verhalten optimistisch, dass die „andere Geschichte“ Deutschlands, die Einbeziehung jüdischer Sicht, eigentlich schon erfolgreich gewesen sei und sich paradigmatisch durchgesetzt habe. Niemand kann diese Aspekte und Themen heute ignorieren. Wer hier einführende Orientierung sucht, dem sei Volkovs souveräne Übersicht und abgeklärte Darstellung empfohlen.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Joachim Radkau: Malwida von Meysenbug. Revolutionärin, Dichterin, Freundin: eine Frau im 19. Jahrhundert.

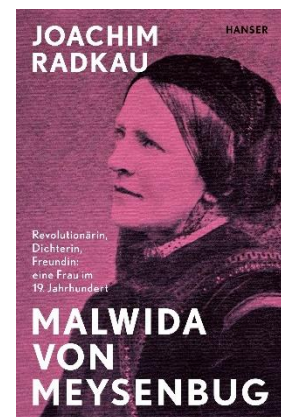
München: Hanser, 2022, 590 S., ISBN: 978-3-446-27282-8

Malwida von Meysenbug, die einst zu den meistgelesenen Schriftstellerinnen des 19. Jahrhunderts gehörte, kennen heute nur noch wenige. Ihre Sprache trifft nicht mehr den Ton der Zeit, und das von tiefer Menschenliebe getragene Weltbild wirkt eigentümlich antiquiert. Dabei hat die enge Vertraute von Alexander Herzen, Richard Wagner, Friedrich Nietzsche und Romain Rolland ein faszinierendes Leben geführt. Nicht zuletzt war sie eine Meisterin privater und politischer Kommunikation, wie Joachim Radkau jetzt eindringlich zeigt.

1816 wurde die unprätentiöse Adlige, die schon die Zeitgenossen gern bei ihrem Vornamen nannten, als Tochter eines erzkonservativen Ministers in Kassel geboren. Es war eine Ära politischer Restauration, aber auch rasanten gesellschaftlichen Wandels, die schwierig auf einen Nenner zu bringen ist. Nach der revolutionären Krise im Kurfürstentum Hessen 1830/31 wuchs Malwida bei der Mutter in Detmold auf. Die beschauliche Atmosphäre der lippischen Residenzstadt dürfte ihre ausgeprägte Neugier noch beflügelt haben. Intensiv verfolgte sie die Ereignisse von 1848/49 und verliebte sich in den revolutionär eingestellten Theologiestudenten Theodor Althaus. Als die große Liebe in Enttäuschung endete, entschied sie sich dafür, auf eigenen Füßen zu stehen.

Malwida glaubte an die Wichtigkeit gesellschaftlicher Veränderungen und hatte den Mut, sich zu ihren Überzeugungen zu bekennen. Als Publizistin äußerte sie sich zu umstrittenen Fragen, während sie als Dozentin an der Hamburger Frauenhochschule wirkte. Auf die Dauer hatte die politisch missliebige Anhängerin der Kindergarten-Pädagogik Friedrich Fröbels in Deutschland keine Zukunft. 1852 emigrierte sie nach London, später wurde Rom eine zweite Heimat. Das Exil ertrug Malwida ohne Verbitterung, ja sie gewann ihm manche Lebenschance ab. So ermöglichte die Tätigkeit für den russischen Liberalen Alexander Herzen, eine vertrauensvolle Bindung zu dessen Tochter Olga aufzubauen. Fortan zählte das Lob „idealer Mutterschaft“ zu den bestimmenden Motiven ihres Lebens. Gleichzeitig pflegte Malwida eine breite Korrespondenz, die sie mit einflussreichen Politikern vom geflohenen 1848er und späteren US-Innenminister Carl Schurz bis zum italienischen Revolutionär Giuseppe Mazzini verband. Sie alle schätzten die ausgleichende Art, mit der Malwida Konflikte einhegte, ohne ihre eigenen Vorstellungen zur Disposition zu stellen oder gar gänzlich aufzugeben.

Viele Grundüberzeugungen ihrer Ära, die uns heute fragwürdig erscheinen, teilte Malwida mit großer Selbstverständlichkeit. So war ihre Erbitterung über den Waffenstillstand von Malmö 1848 Ausdruck eines weitverbreiteten Nationalismus. Was die Revolutionärin aber auszeichnete, das waren Empathie und Lernfähigkeit. Bezeichnenderweise bedauerte sie rückblickend sehr, dass das Volk zum Abgott der radikalen Demokraten geworden war, womit sich die Menschen „freiwillig einen neuen Götzen geschaffen hatten“ (S. 170). Einigermaßen „arglos“ (S. 204) gebrauchte Malwida den „Begriff der ‚Rasse‘“, dessen sozialutopische Potentiale sie erheblich



überschätzte. Freilich ließ sie keinen Zweifel daran, dass ein demokratisches Gemeinwesen vor allem die Menschenwürde garantieren müsse. Hierin unterschied sie sich von den meisten Zeitgenossen, die vor dem Hintergrund selbstgefälliger Kulturstufen-Theorien für massive Formen von Ungleichheit plädierten. Auch das Ideal der Gerechtigkeit war für Malwida unveräußerlich. Dies zeigte sich etwa in der Dreyfus-Affäre, als der junge Rolland – vornehmlich wohl aus privaten Gründen – den französischen Generalstab ins Recht zu setzen suchte.

Malwida war in vielem Kind ihrer widerspruchsvollen Zeit. Sie begeisterte sie sich für Richard Wagner, den sie bei all seinen Schwächen menschlich schätzte. Auch Wagners Judenhass veranlasste sie nicht zum Umdenken – zu sehr bewunderte sie den Komponisten. Eine ähnliche Haltung nahm sie gegenüber Arthur Schopenhauer ein, dessen Misogynie sie als kaum der Rede wert betrachtete. Stattdessen bewunderte sie den originellen Denker, der die Abgründe der menschlichen Natur ausgelotet und die indische Geisteswelt auf tiefeschürfende Art erschlossen habe. In Nietzsche erkannte Malwida früh das philosophische Genie, ohne sich Illusionen über seine seelische Fragilität hinzugeben. Der von ihm herbeigeführte Bruch traf sie dennoch.

Die Befähigung zur Freundschaft spiegelt sich in Malwidas ausgedehnter Korrespondenz. Leicht knüpfte sie Kontakt zu Menschen, die unter ihrer Hochbegabung litten. Dementsprechend vertrauensvoll war der geistige Austausch mit Nietzsche oder Rolland, der trotz aller Verwerfungen eine ungewöhnliche Intensität erreichte. Dabei werden im Licht biographischer Quellen nicht nur Malwidas Mütterlichkeit, sondern auch ihr Unabhängigkeitswille und ihre intellektuelle Integrität deutlich. Kosmetische Sprachregelungen, das wusste sie genau, bieten kein Fundament für eine dauerhafte Freundschaft. Ihr Hauptwerk, die 1876 erschienenen *Memoiren einer Idealistin*, wurden mit der lebendigen Schilderung ganz privater Situationen ein gewaltiger Erfolg. Allenthalben bildeten sich Malwida-Gemeinden, die ihr idealistisches Weltbild propagierten, und nicht zufällig wurde sie als erste Frau für den Literaturnobelpreis vorgeschlagen. Doch der Erste Weltkrieg ließ ihre Ideen rasch altern. Damit teilte Malwida das Schicksal fast aller Menschen, die vor der Wilhelminischen Zeit sozialisiert worden waren. Doch gerade in ihrem Fall ist die veränderte öffentliche Wahrnehmung bedauerlich. Schließlich war es der Schriftstellerin ein Leben lang darum gegangen, ihre humanistischen Gedanken mit einer widerspenstigen Umwelt zu versöhnen.

Joachim Radkau hat ein originelles Buch geschrieben. Malwidas idealistische Weltsicht, die er mit Sinn für ironische Volten meisterhaft beschreibt, lässt sich nicht mehr aktualisieren. Doch ohne Idealismus wird man auch nur schwer die Kraft zur Veränderung einer sich träge sperrenden Umwelt finden. Gerade hier liegt das Imposante von Malwidas Lebenseinstellung, die nie müde wurde, aus ethischen Gründen für eine bessere Zukunft zu streiten. Ökonomischer Erfolg spielte für sie keine Rolle: Stattdessen hoffte sie, die Welt der Ideale mit den realen Gegebenheiten im Geiste Goethes zu verbinden. Vom Liberalismus ist bei Radkau nur selten *expressis verbis* die Rede, zumeist wenn es um die Abgründe der industriellen Eroberung der Welt geht. Doch zwischen den Zeilen finden sich Gedanken zum liberalen Freiheitsglauben beinahe auf jeder Seite. Zusammen mit dem Vertrauen „in die Macht des Geistes“, machte er „die heimliche Religion der Gebildeten“ (S. 489) aus, von der Ernst Troeltsch spricht. Beides gehört zum Erbe des 19. Jahrhunderts, und beides sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Marburg

Ulrich Sieg



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

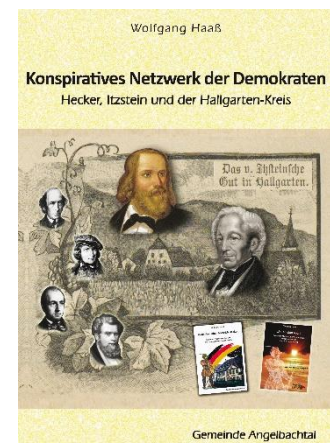


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Wolfgang Haaß: Konspiratives Netzwerk der Demokraten. Hecker, Itzstein und der Hallgarten-Kreis.

Angelbachtal: Gemeinde Angelbachtal, 2021, 367 S., ISBN: 978-3-9816932-5-6

Mit dem vorliegenden Sammelband des Heimatforschers Wolfgang Haaß würdigt die Gemeinde Angelbachtal ihren berühmten Sohn Friedrich Hecker, der am 28. September 1811 im Ortsteil Eichtersheim geboren wurde. Der Verfasser will „Vorkämpfer“ aus der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49 vorstellen, um angesichts der Krisen der Demokratie „ein paar Lehren in Sachen Mut, freier Gesinnung und Aufrichtigkeit für unsere Zeit daraus gewinnen zu können“ (S. 6). Dem Hallgarten-Kreis oppositioneller deutscher Politiker, der sich in den 1830er und 1840er Jahren heimlich vor allem auf dem Weingut des liberalen badischen Landtagsabgeordneten Adam von Itzstein im Rheingau traf, und der Rolle von Hecker gilt dabei seine besondere Aufmerksamkeit. Haaß betont die Bedeutung demokratischer Netzwerke und Initiativen für die Demokratie und die demokratische Tradition bis in die Gegenwart, wofür er zahlreiche Zitate und Beispiele anführt. Insbesondere hebt er dabei die Initiative „Orte der Demokratiegeschichte“ hervor, an der auch Angelbach als Geburtsort von Hecker beteiligt ist.



Der erste Teil des Bandes bildet den eigentlichen Gegenstand der Arbeit. In siebzehn Geschichten werden unterschiedliche Aspekte der Tätigkeit des Hallgarten-Kreises, Itzsteins, Heckers und anderer Teilnehmer sowie der liberalen Opposition im badischen Landtag beleuchtet. Die einzelnen Abschnitte enthalten meist viele ausführliche Zitate aus wissenschaftlichen und literarischen Werken, aus historischen Quellentexten und Wikipedia-Artikeln, die durch Texte des Verfassers eingeleitet und verbunden werden. Der Reigen beginnt mit einem einleitenden Überblick über die Wirksamkeit und Aktivitäten des Hallgarten-Kreises, die Rolle des Initiators Itzstein und seines jüngeren Freundes Hecker. Im zweiten Abschnitt umreißt der Verfasser die Biografie Itzsteins und die Bedeutung des Hallgarten-Kreises für die Formierung einer politischen Opposition im Vormärz. Danach wird der Konflikt um die Gewährung von Urlaub zur Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats zwischen der badischen Regierung und der liberalen Opposition im Karlsruher Landtag 1841/42 dargestellt. „Hallgartens größter Erfolg“ (S. 43) ist der folgende Abschnitt betitelt, der sich mit der Veröffentlichung der geheimen Dokumente der Wiener Ministerialkonferenz von 1834 durch Mitglieder des Hallgarten-Kreises befasst. Anhand von Werken und der Biografie Heinrich Hoffmann von Fallerslebens wird die politische Bedeutung von Liedern beleuchtet. Es folgen Beiträge zum badischen Verfassungsfest von 1843, zum Itzstein-Fest 1844 in Mannheim, zur Biografie von Gustav Struve, zur Entstehung des Deutschkatholizismus, zur Ausweisung Heckers und Itzsteins aus Berlin 1845, zu literarischen Beschreibungen der Zusammenkünfte in Hallgarten, zur Verehrung der badischen Abgeordneten Itzstein und Carl Theodor Welcker, die in der Benennung von Schiffen gipfelte, zur Rolle des Weins bei Hecker und Itzstein, zum „Geist von Hallgarten“ als „Triebfeder auf dem Weg zur Frankfurter Nationalversammlung“ (S. 162), zum Briefwechsel zwischen Hecker und Itzstein von 1848 bis 1853 und

zu den letzten Besuchen Hoffmann von Fallerslebens in Hallgarten. 34 Kurzbiografien von Teilnehmern und Erinnerungen an den Hallgarten-Kreis beschließen den ersten Teil.

Der zweite Teil des Bandes ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines von Haaß 1998 verfassten Buches unter dem Titel „Blicke auf Friedrich Hecker und die Eichersheimer Hecker-Familie“ (S. 217). Nach einer Einführung zu Hecker und seinem Geburtsort gibt Haaß einen Überblick zum Jubiläumsjahr 1998, gefolgt von einem tabellarischen Lebenslauf Heckers und einem literarischen Versuch des Verfassers, die Nacht vor dem Gefecht bei Kandern nachzuempfinden, unter dem Titel „Heckers Traum“ (S. 247). Den Abschluss dieses Teils bilden eine Darstellung über die Volksvereine der Revolutionszeit in Eichersheim und Michelsfeld, in der auch die Beteiligten der revolutionären Ereignisse aufgelistet sind, und biografische Angaben zu Familienangehörigen Heckers. Im dritten und letzten Teil des Bandes wird die 2011 erschienene Publikation „Ja, er lebet noch! Zwischen Mythos und Vermarktung: Friedrich Hecker zum 200. Geburtstag“ (S. 289) von Haaß neu herausgegeben. Er befasst sich hier mit dem Heckerkult, dem „Nachleben“ Heckers, mit Hecker in Literatur, bildender Kunst und Forschung. Die Benennungen von Schulen, Straßen und Plätzen sowie die Stellungnahmen von politischen Parteien werden ebenfalls vorgestellt, so dass Haaß 2011 zum Fazit kam, dass Hecker Teil einer „lebendige[n] Erinnerungskultur“ (S. 357) sei.

Wiederholungen sind bei der Anlage des Bandes mit unterschiedlichen Geschichten und Exkursen nicht zu vermeiden. Einige kritische Punkte seien nicht verschwiegen: Dem Verfasser geht es um eine affirmative Darstellung seiner Helden, nicht um wissenschaftliche Distanz, daher kommen Ambivalenzen und kritische Aspekte bei ihm zu kurz. Leider sind die Zitate in dem Buch nicht immer genau nachgewiesen, und bei einer stichprobenhaften Überprüfung zeigten sich auch manchmal Abweichungen vom Wortlaut der Vorlagen. Auch die Einordnung und Bewertung der historischen Ereignisse entspricht nicht immer dem derzeitigen Stand der Forschung. So ging es Adam von Itzstein bei den von ihm initiierten Zusammenkünften in Hallgarten um eine gemeinsame Haltung und ein abgestimmtes Vorgehen der politischen Opposition im Vormärz, die von Demokraten, die eine republikanische Staatsform anstrebten, bis hin zu Liberalen reichte, die für eine konstitutionelle Monarchie eintraten. Zwischen der Gruppe der Demokraten um Robert Blum und den Konstitutionellen um Heinrich von Gagern gab es bereits im Vormärz offene Gegensätze. Friedrich Hecker stand dabei auf der äußersten Linken. Die „Hallgartener“, wie Haaß sie nennt, waren daher kein Kreis „politischer Freunde“ und es gab auch keine feste Mitgliedschaft. Gemeinsam war allen die Gegnerschaft zu den Regierungen des Deutschen Bundes und der Wunsch nach einem freiheitlich verfassten deutschen Nationalstaat, über dessen Umfang, Form und Ausgestaltung die Ansichten allerdings ebenfalls divergierten. Wenn der Zeitzeuge Rudolf von Gottschall von dem „Mann des kühnen Griffes“ sprach, der „ein verfassungsmäßig geeintes Deutschland unter der Krone eines deutschen Erbfürsten“ wollte (S. 135), so war dies keine „Anspielung auf Bismarck und die Gründung des Deutschen Reiches unter Kaiser Wilhelm I.“, wie Haaß vermutet, sondern auf Heinrich von Gagern, von dem der Ausspruch „kühner Griff“ stammte, und auf die Reichsverfassung der Nationalversammlung von 1848.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen sollen die große Leistung und das Engagement des Verfassers nicht geschmälert werden. Es sei ausdrücklich gewürdigt, dass er mit seinem Werk die Erinnerung an die deutsche Demokratiegeschichte, an Friedrich Hecker und Adam von Itzstein sowie die Orte ihres Wirkens wachhält. Es wäre abschließend zu fragen, ob die optimistische Wertung von Haaß, dass heute eine lebendige Erinnerung an Hecker besteht, über den deutschen Südwesten hinaus zutrifft.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Seite 2 von 2

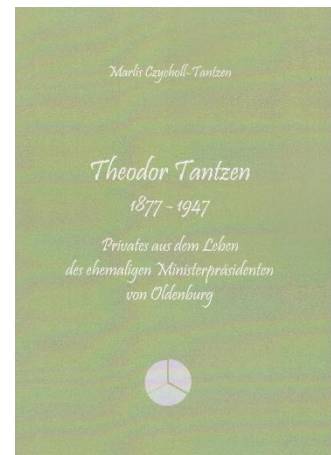


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Marlis Czycholl-Tantzen: Theodor Tantzen 1877-1947. Privates aus dem Leben des ehemaligen Ministerpräsidenten von Oldenburg.

Oldenburg: Isensee Verlag, 2022, ohne Seitenzählung (58 S.), zahlr. Abb., ISBN: 978-3-7308-1859-6

Theodor Tantzen (1877-1947) wird immer außer Betracht gelassen, wenn von den liberalen Ministerpräsidenten im Nachkriegsdeutschland die Rede ist. Dabei war er neben Reinhold Maier in Baden-Württemberg und Reinhold Hübener in Sachsen-Anhalt der dritte an der Spitze eines Landes, wenn man den Kurzauftritt von Thomas Kemmerich in Thüringen einmal außen vor lässt. Das Übersehen begründet sich vor allem darin, dass der Staat, dem Tantzen vorstand, nach 1945 nur kurzzeitig existierte: Das Land Oldenburg ging schon Ende 1946 im neugebildeten Niedersachsen auf. Wie Hübener hatte Tantzen aber schon während der Weimarer Republik die Landesgeschäfte geführt und war 1945 von der Besatzungsmacht wieder eingesetzt worden. Anders als Hübener – und auch Maier – blickte er auf eine liberale Familiengeschichte zurück, die bis weit ins 19. Jahrhundert reicht.



Während sein politisches Agieren vor allem für die Zeit vor 1945 weitgehend bekannt ist,¹ werden hier von seiner Enkelin Unterlagen, in erster Linie Privatbriefe, aus dem Familienarchiv veröffentlicht, dazu zahlreiche Familienfotos. Das Heft bildete den nun neu aufgelegten Begleitband zu einer Ausstellung aus Anlass der Zentenarfeier von Tantzens erster Amtseinführung als oldenburgisches Staatsoberhaupt aus dem Jahr 2019. Es soll bewusst die „private Seite“ des engagierten Linksliberalen zeigen, der für den Freisinn, die DDP und auch die FDP lange Jahre in Landesparlamenten und im Reichstag saß.

Das leisten die rund zwei Dutzend, teilweise als Faksimile, abgedruckten bzw. zitierten Schriftstücke, die zumeist von Tantzen selbst bzw. aus seiner Umgebung stammen. Hauptadressaten waren der vierte Sohn Eckart, der wie sein jüngerer Bruder Gerald im Zweiten Weltkrieg fiel, bzw. dessen Ehefrau, also die Eltern der Herausgeberin. Manche sind sehr anrührende Schriftstücke, etwa zum Tod des Sohnes oder aus der Gestapohaft, in der sich Tantzen wegen seiner Verbindungen zu den Attentätern nach dem 20. Juli u.a. im Berliner Gestapo-Hauptquartier befand.

Zwei Dinge fallen beim Lesen besonders auf: Wenn im Geleitwort des Landeshistorikers Benno Schulz danach gefragt wird, ob Tantzens politische Einstellung einen adäquaten Erziehungsstil bei seinen fünf Söhnen zur Folge hatte, wird man das nicht ohne weiteres bejahen können: Diese erhielten zwar anders als er selbst eine gymnasiale Schulbildung, u.a. in der Odenwaldschule, der Vater jedoch wachte sogar von der Ostfront aus, an der er während des Ersten Weltkriegs eingesetzt war, ziemlich genau über die Lernfortschritte. Dem angehenden Abiturienten Gerald

¹ Vgl. vor allem Martina Neumann: Theodor Tantzen. Ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998.

untersagte er, sich ohne väterliche Aufsicht einen Anzug zuzulegen. Das sind zwar nur sporadische Einblicke, sie sprechen aber doch für ein strenges väterliches Regime, wie es im wilhelminischen Bürgertum üblich war.

Dabei war Tantzen eigentlich kein Bürger im landläufigen Sinne, wie hier nochmals überaus deutlich wird. Dass die Familie seit Jahrhunderten als Viehzüchter selbstständig Landwirtschaft betrieb, war nicht nur „Tradition“, sondern beeinflusste auch stark den Blickwinkel. So versuchte der Vater dem Sohn Gerald in einem mehrseitigen Schreiben die verschiedenen Perspektiven des „gelernten“ Landwirts aufzuzeigen und ihn in diese Richtung zu lenken, was nicht nur in diesem Fall offenbar erfolgreich war. Und von seiner aus einer Züricher Fabrikantenfamilie stammenden zukünftigen Schwiegertochter verlangte er zunächst ein landwirtschaftliches Probejahr, ehe er seinen Segen dazu geben wollte, was allem Anschein nach auch deren Lebensweg entscheidend veränderte.

Politische Fragen blieben in den Dokumenten hier weitgehend ausgespart. Einzig das vorletzte, in dem Tantzen Ende 1946 eine Art Situationsbeschreibung an die Schweizer Großeltern der Herausgeberin gibt, kann man auch politisch lesen, weil der nunmehrige Ministerpräsident a.D. sich willens zeigt, seine neue Aufgabe als designierter niedersächsischer Verkehrsminister aktiv anzugehen. Dazu kam es wegen seines Todes wenige Wochen später nicht mehr. Etwas irritierend an diesem Schreiben ist, dass Tantzen zwar die schwierige Versorgungslage und auch sonst die Lage Deutschlands beklagt, aber die Ursachen dafür – zumindest in der abgedruckten Version – nicht erwähnt. Dass seine eigene Versorgungslage nicht so schlecht, sondern trotz aller im Weltkrieg erlittenen Unbill wohl weit überdurchschnittlich war, kommt im abschließenden Bericht der Schwiegertochter zu den Trauerfeierlichkeiten zum Ausdruck.

Leider werden keine Hinweise zum Aufbewahrungsort der Dokumente und dem Umfang dieser Überlieferung gegeben, die offenbar nicht aus dem Theodor-Tantzen-Nachlass im Staatsarchiv Oldenburg stammen und auch nicht von der Biographin Martina Neumann eingesehen worden sind.² In jedem Fall macht das Bändchen „Lust“ darauf, dieser anderen, „privaten“ Seite Theodor Tantzens und seinem privaten „Wertehimmel“ weiter nachzugehen.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Sie hat aber Tantzens Schwiegertochter noch interviewen können, s. ebd. S. 435.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Thomas Nitschke: Die Gartenstadt Hellerau. Eine „Pädagogische Provinz“ und ihre Gegner.

Dresden: Thelem, 2021, 500 S., ISBN: 978-3-95908-507-6

Hellerau, jetziger Stadtteil und ehemaliger Vorort von Dresden, die 1909 gegründete, erste Gartenstadt Deutschlands, ist noch heute Refugium und Sehnsuchtsort – nicht nur für die Dresdnerinnen und Dresdner. Sein prominent auf der Höhe im Dresdner Norden gelegenes Festspielhaus zieht Künstlerinnen und Künstler sowie Kunstbegeisterte aus aller Welt an. Der Autor des vorliegenden Bandes, Thomas Nitschke, hat seine Kindheit und Jugend in der Gartenstadt verbracht, bevor es ihn zum Lehramtsstudium in den 1990er-Jahren und zur Ausübung des Lehrerberufs in andere sächsische Gefilde verschlug. Der promovierte Historiker, Mitbegründer eines Freien Gymnasiums im sächsischen Penig, zeichnet die Geschichte der reformpädagogischen Bemühungen und Projekte in der Gartenstadt nach – ausgehend von der Idee der humanistisch intendierten „Pädagogischen Provinz“, die einst im „Jungen Hellerau“ beheimatet war.



Nitschke verortet die Gartenstadt als Prestigeprojekt in der sogenannten „neudeutschen Bewegung“, beruhend auf den Vorstellungen des deutschen Sozialliberalismus. Die Hellerauer Gründungsväter waren namhafte sozialliberal gesinnte Persönlichkeiten, unter ihnen kein geringerer als der Pfarrer und Politiker Friedrich Naumann. Karl Schmidt, der 1898 noch in Dresden-Laubegast die Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst eröffnet hatte, erwog aufgrund des großen wirtschaftlichen Erfolgs der Werkstätten schon 1904 ihre Verlegung aufs Land, nördlich von Dresden, verbunden mit dem Aufbau „einer kleinen Stadt oder einer Villenkolonie“ (S. 26). An der Konzeption und Gestaltung dieser lebensreformerisch ausgerichteten Siedlung beteiligte er neben Friedrich Naumann auch den Autoren und Ökonomen Wolf Dohrn sowie die Architekten Richard Riemerschmid, Hermann Muthesius, Heinrich Tessenow und Kurt Frick – allesamt genauso wie Naumann Mitbegründer beziehungsweise einflussreiche Mitglieder des Deutschen Werkbundes, dessen Geschäftsstelle 1909 von Wolf Dohrn, der zu dieser Zeit der Geschäftsführer war, nach Hellerau verlegt wurde. Sie sympathisierten mit der Lebensreform-Bewegung und prägten mit anderen Mitstreitern in der Architektur und Malerei, im Kunstgewerbe und in der Mode einen (neuen) „deutschen Stil“, der – so Friedrich Naumann – „auf Grundlage einer ästhetischen und demokratischen Lebensform den Deutschen eine Identität schenken und die eigene Wirtschaft stärken“ (S. 28) sollte. Eingebunden in diese Ziele waren eine Reform der deutschen Architektur und des deutschen Kunstgewerbes sowie eine sittliche und demokratische Erziehung, die in der Gartenstadt Hellerau auf idealtypische Weise umgesetzt wurden (ebd.) und den sozialliberalen Gründungsvätern des Bildungsbürgertums als leuchtendes Beispiel dienen sollten. Vereint waren Helleraus Gründungsväter auch in ihrer konsequenten Ablehnung des immer populärer werdenden Antisemitismus, wenngleich sich, wie Nitschke zeigt, das „Junge Hellerau“ auch zu einem Zentrum der völkischen Bewegung entwickelte, sowie ihrer Präferenz für ein Leben auf dem Land gegenüber einem in der Großstadt. Hierbei orientierten sie sich allerdings

nicht an den rassistisch motivierten Siedlungsgründungen der völkischen Bewegung, sondern am englischen Gartenstadtmodell, das sich deutlich von der einseitig ländlichen Ausrichtung der meisten völkischen Siedlungen unterschied.

Die Gartenstadt Hellerau war nicht nur ein sozialliberales, bildungsbürgerliches und künstlerisches Projekt, sondern vor allem auch eines der Reformpädagogik. In den Jahren nach ihrer Gründung war die Gartenstadt durch so eine fruchtbare und offene Atmosphäre geprägt, dass Hellerau sich schnell zu einem der bedeutendsten sozialen und kulturellen Innovationszentren in Deutschland entwickelte, in dem auch freigeistige Ideen der Pädagogik erprobt und gelebt wurden. Thomas Nitschke beschreibt das „Junge Hellerau“ als „Pädagogische Provinz“ und folgt auf der Grundlage umfangreicher Archivrecherchen der Geschichte der verschiedenen reformpädagogischen Projekte und ihrer Initiatoren in Hellerau. Wolf Dohrn verhandelte als Geschäftsführer der 1908 gegründeten Gartenbaugesellschaft zunächst mit dem in Dresden-Klotzsche ansässigen späteren Gründer der Odenwaldschule, Paul Geheeb, über die Gründung eines reformpädagogischen Landerziehungsheims. Doch dann betrat der für Hellerau in den kommenden Jahren prägende Musikpädagoge Emile Jaques-Dalcroze die Dresdner Bühne und erregte Aufsehen mit öffentlichen Aufführungen seiner Rhythmikschüler; gegründet wurden eine rhythmische Bildungsanstalt und das heute noch berühmte Hellerauer Festspielhaus. Jaques-Dalcroze verabschiedete sich 1914, da er mit Kriegsausbruch als „feindlicher Ausländer“ galt, endgültig von Hellerau, aber der Keim war gesät. Die Gartenstadt erlebte zwischen den beiden Weltkriegen eine neue Hochzeit, und es gründeten sich neben kunstgewerblichen und handwerklichen Bildungseinrichtungen zahlreiche reformpädagogische Schulen, wie Nitschke mit großem Fleiß nachzeichnet. Viele namenhafte Reformpädagoginnen und Reformpädagogen lebten und wirkten in Dresden. Der Autor legt sich daher fest: Die von Goethe und Hesse beschriebene „Pädagogische Provinz“ existierte im Hellerau der frühen 1920er-Jahre.

Doch diese „Pädagogische Provinz“ bestand nur bis 1925, ihre Trägerinnen und Träger verließen Dresden und die Gartenstadt entwickelte sich zu einem Zentrum der völkischen Bewegung. Thomas Nitschke zeigt auf, dass sich bereits zu Beginn führende Denker der völkischen Bewegung in Hellerau niederließen – unter ihnen auch der Schriftsteller und Verleger Bruno Tammann, ein aggressiver Vertreter des völkischen Antisemitismus und Antiurbanismus (S. 300). Er deutete das Festspielhaus zum „germanischen Tempel“ (S. 369) um. Es diente den Nationalsozialisten als Aufführungsort, bevor es 1938/39 zur Kaserne für Polizeischüler umgebaut wurde. Nach der Zweckentfremdung durch die Nationalsozialisten folgte die durch die Rote Armee bis 1992. 53 Jahre lang blieb der Dresdner Öffentlichkeit der Zutritt verwehrt, bevor das Festspielhaus nach dem Ende der militärischen Nutzung in den 1990er-Jahren wieder für die Kunst geöffnet und saniert wurde. Thomas Nitschke gelingt es, die Gleichzeitigkeit liberaler und völkischer Ideen in der Gartenstadt herauszuarbeiten, deren Bewohnerinnen und Bewohner bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten immer im Spannungsfeld von Lebensreform und völkischer Bewegung standen – zum Teil auch in ihrer eigenen Person und in ihrem Wirken, wie er an einzelnen Hellerauer Biografien aufzeigt.

Auch die sozialistischen Machthaber waren den reformpädagogischen Ideen in Hellerau nicht wohlgesonnen, allerdings wirken diese Vorstellungen auch in Sachsen noch fort. Und bedauerlicherweise verlässt Nitschke an dieser Stelle auch gänzlich das Format eines Fachbuchs. Schon vorher fällt der aufmerksamen Leserin und dem aufmerksamen Leser auf, wie sich sein Stil immer dann ändert, wenn der Autor offensichtlich emotional agitiert oder besonders engagiert ist. Da häufen sich plötzlich sehr auffällig die Ausrufezeichen am Ende von Sätzen, bei denen es auch ein Punkt getan hätte, und es tauchen wertende Adjektive auf. Spekulant werden zu „skrupellosen Spekulanten“, ohne dass dafür ein Beleg angeführt wird. Dies ist insbesondere immer dann der Fall, wenn es um die Auswüchse des Kapitalismus geht und der Autor seine eigene linke politische Haltung nicht verbergen kann oder will. Der Sozialismus in der DDR wird wohl

auch deshalb konsequent als „real existierender Sozialismus“ apostrophiert. Schon damit schadet Thomas Nitschke unnötigerweise seiner wissenschaftlichen Arbeit und der Vermittlung seiner Erkenntnisse. Seine Selbstdarstellung als Fackelträger der Reformpädagogik in Sachsen und Erbe der „Pädagogischen Provinz“ Hellerau zum Schluss des Buches ist befremdend und hat in einer wissenschaftlichen Arbeit nichts verloren.

Nitschke beendet das Buch mit sentenzartigen Erinnerungsfetzen und Gedanken, in denen er seine Mitgründung des Freien Gymnasiums Penig sowie seinen unfreiwilligen Weggang von dieser Schule nachzeichnet, wobei er über sich selbst in der dritten Person als „T.“ spricht. Es fehlt natürlich gänzlich die „andere Seite“ zu dieser Geschichte, nicht aber die selbstbeweihräuchernde Inszenierung als aufopferungsvoller, dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus verpflichteter Lehrer. Und auch wenn er den Schülerinnen und Schülern vorgeblich das Urteil überlässt, ob er ein würdiger Adept der Hellerauer Reformpädagogen ist, so ist sein Urteil über sich selbst als Opfer der Umstände oder staatlichen Machtstrukturen schon längst gefallen. Diese „Bekenntnisse des T.“ hätten ihren Platz in einer eigenen Publikation gehabt (auch wenn es zumindest fraglich ist, ob sich dafür ein interessiertes Publikum finden würde), nicht aber in einer wissenschaftlichen Arbeit über die „Pädagogische Provinz“ in der Gartenstadt Hellerau.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Nadine Rossol/Benjamin Ziemann (Hrsg.): Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik.

Darmstadt: wbg Academic, 2021, 992 S., ISBN: 978-3-534-27375-1

Wie manche anderen Bücher zur Weimarer Republik ähnelt dieses einem Ziegelstein – sogar in der Farbe. Anders als Hans Mommsens, Hagen Schulzes oder Heinrich August Winklers Ziegelsteine zum gleichen Thema ist dieser aber ein Gemeinschaftswerk. 34 Historikerinnen und Historiker aus sechs Ländern haben die Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte zusammengefasst, ohne dass die Leser allzu viele Vorkenntnisse mitbringen müssten.

In den älteren Darstellungen und auch noch manchen neueren ist die Geschichte der Weimarer Republik von ihrem Ende aus geschrieben worden, als eine Geschichte des Scheiterns. Davon distanzieren die Herausgeber sich in ihrer Einleitung zum Band deutlich und geben damit die Richtung vor, denen die meisten Autoren folgen. Das schon klassische Bild vom „Tanz auf dem Vulkan“, betonten Rossol und Ziemann, entsprach nicht der zeitgenössischen Wahrnehmung und ist auch sonst irreführend. Manche Berliner mochten Charleston tanzen, doch das hatte mit der Lebensrealität der meisten Deutschen zwischen 1918 und 1933 ziemlich wenig zu tun. Wie von der einseitigen Konzentration auf die Hauptstadt hat sich die neuere Forschung ebenso von der Konzentration auf die Eliten und die Politik verabschiedet. Und obwohl auch schon die Zeitgenossen vielfach von „Krise“ sprachen, verstanden sie diese – anders als etwa in Großbritannien damals – gar nicht unbedingt negativ, sondern oft wie im medizinischen Sprachgebrauch als Chance zur Heilung und Besserung.

Auch die Vorstellung einer aus globalen Zusammenhängen weitgehend gelösten, in nationaler und nationalistischer Nabelschau befangenen Weimarer Republik ist schief: Wirtschaftlich, kulturell und politisch blieb Deutschland zumindest während der 1920er Jahre eng in globale Zusammenhänge verflochten, nur die Zahl der Ausländer im Deutschen Reich war seit 1918 deutlich geringer als davor. Und der deutsche Nationalismus, betonten die Herausgeber ebenso wie Erin Hochman in ihrem außerordentlich lesenswerten Beitrag dazu, war außerordentlich vielfältig und insgesamt deutlich weniger exklusiv oder rückwärtsgewandt als oft angenommen. Gedanken an die im Weltkrieg verlorenen deutschen Kolonien etwa waren kulturell deutlich geringer präsent als meist angenommen.

Die Beiträge sind in fünf Blöcke eingeteilt, die Lesern jeweils spezifische Zugänge ermöglichen sollen. Auf einen chronologischen Überblick in vier Zeitabschnitten folgen sachthematische Zugriffe. Dabei wirkt die Einteilung in Blöcke – vielleicht unvermeidlich – ein wenig zufällig. Der „Rahmenbedingungen der Politik“ betitelte zweite Block vereint so disparate Themen wie Verfassung, Nationalismus, Wahlen, Föderalismus, Reichswehr, Außen- und Sozialpolitik. Teil III über „Parteien und Parteimilieus“ deckt die radikale Rechte mit Beiträgen zum Antisemitismus und zur NSDAP gleich doppelt ab, während SPD und KPD ebenso in einem Aufsatz zusammengefasst werden wie Zentrumspartei, Konservative und – schon wieder – „Radikale Rechte“. Im



letzteren Fall geht das weitgehend auf Kosten des Zentrums, das im Fazit des Beitrags dann praktisch gar nicht mehr vorkommt. Teil IV zu „Gesellschaft und Wirtschaft“ präsentiert Aufsätze zu Industrie, bürgerlichen Mittelschichten, Industriearbeitern und Landwirtschaft zusammen mit solchen über Körper, Sexualität und Geschlechtern, über Bilder der USA und der Sowjetunion, zu Juden und zu Jugendbewegungen. Die zweite Hälfte dieses Teils hätte auch unter die Rubrik „Kultur“ gepasst, die Teil V bildet – ein Zeichen dafür, wie sehr die Forschung gerade in diesem Bereich während der letzten dreißig Jahre vorangekommen ist. Hier kann man etwas zu „Massenkulturen“ (Film, Printmedien, Radio), zu Literatur, Architektur, Religion, Wissenschaften, schließlich auch zu visueller Kultur und zur Präsenz des Ersten Weltkriegs nach 1918 erfahren.

Es ist unmöglich, alle 35 Beiträge auch nur annähernd hinreichend zu würdigen. Am besten ist die Umsetzung des von den Herausgebern in der Einleitung skizzierten Programms vielleicht in Teil II gelungen. Die Autoren beleuchten hier durchweg überzeugend die Erfolge der Republik, in der es sehr wohl engagierte Republikaner gab, präsentieren so nuanciert ihre Stärken wie Schwächen und weisen dabei immer wieder auch auf offene Fragen und weiterhin schwelende Kontroversen in der Forschung hin. Während das der Mehrzahl der Verfasser in den anderen Teilen ebenfalls gelingt, fällt Teil III dagegen ab. Wie der Beitrag zu Konservativen, Rechten und Zentrum leidet auch der zu SPD und KPD ein wenig daran, dass hier Äpfel und Birnen in eine Kiste geworfen werden. Am problematischsten erscheinen mir die Aufsätze über Nationalsozialismus und Antisemitismus, offensichtlich immer noch heiße Eisen, bei denen deterministische Narrative naheliegen und differenzierte Betrachtung schwerfällt. So hebt Daniel Siemens die 6,6 Prozent Stimmen für den rechtsextremen Block um die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1924 hervor und fügt hinzu, dass „sich ab Mitte des Jahrzehnts in Teilen der deutschen Gesellschaft ein nationalsozialistischer Grundkonsens“ herausgebildet habe (S. 445). Dass die NSDAP bei den Wahlen von 1928 dann völlig einbrach, erwähnt er nicht einmal. Ähnlich einseitig betont er die vermeintlich bürgerliche und protestantische Basis der Partei, obwohl die Befunde zu ihrer Mitgliedschaft dem eigentlich ebenso widersprechen wie die Wahlanalysen Jürgen Falters, die er in einem Nebensatz beiseite wischt. Eine internationale Kontextualisierung der NS-Bewegung wird zwar angekündigt, findet aber nicht statt. Ähnlich ärgerlich ist, dass Martin Ulmer und Susanne Wein Antisemitismus zum „Massenphänomen“ erklären, als Beleg dafür aber vor allem die NS-Propaganda anführen, während deren Rezeption allenfalls durch vereinzelte Impressionen angesprochen wird (S. 466-468). Und dass die NSDAP ihre antisemitische Propaganda seit den späten 1920er Jahren etwa im Reichstag durch antikapitalistische ersetzen konnte, weil in der Öffentlichkeit bei „Hochfinanz“ auch immer „Jude“ mitgedacht worden sei (S. 476), ist und bleibt eine steile These: Denn die mageren Wahlergebnisse der Partei bis zu diesem Zeitpunkt bestätigen ja den behaupteten Erfolg ihrer judenfeindlichen Propaganda eben kaum.

Doch das ist Detailkritik, die den im Ganzen sehr positiven Eindruck wenig schmälert. Wer tiefer in einzelne Aspekte der Weimarer Zeit einsteigen möchte, als das die regelmäßig aufgelegte, aber weniger ziegelsteinartige Einführung von Eberhard Kolb und Dirk Schumann ermöglicht,¹ ist mit diesem Werk meist bestens bedient. Nirgendwo kann man sich ohne größere Vorkenntnisse über eine solche Vielzahl von Aspekten der ersten deutschen Demokratie nun besser informieren als hier.

Düsseldorf

Christoph Nonn



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

¹ Eberhard Kolb/Dirk Schumann: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; Bd. 16), 8., überarbeitete und erweiterte Auflage, München: 2013.



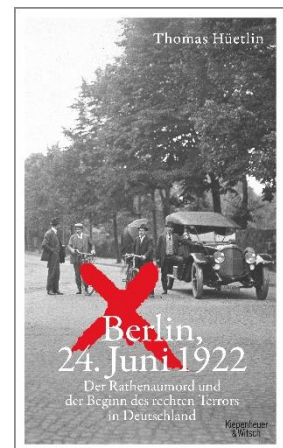
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Thomas Huetlin: Berlin, 24. Juni 1922. Der Rathenaumord und der Beginn des rechten Terrors in Deutschland.

Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2022, 304 S., ISBN: 978-3-462-05438-5

Vor hundert Jahren wurde am 24. Juni Walther Rathenau ermordet. Huetlin, langjähriger Spiegel-Reporter, recherchiert Vorgeschichte, aber auch Auswirkungen bis zum heutigen Tag und schlägt den Bogen vom Attentat auf Matthias Erzberger im August 1921 bis zur Ermordung Walter Lübckes, des Kasselaner Regierungspräsidenten, am 2. Juni 2019.

Weniger die Attentate, sondern vielmehr die Täter stehen für Huetlin im Fokus. Wer waren diese meist aus gutbürgerlichen Elternhäusern stammenden jungen Männer, die sich der Gewalt bis hin zum Mord kompromisslos verschrieben hatten. Der Erzberger-Mord bietet dafür wegweisende Spuren. Die Mörder hinterließen leichtfertig Indizien, so dass Namen, Adressen und vor allem Hintermänner schnell ausfindig gemacht werden konnten. Alle Wege führten nach München zu einer – unter dem Tarnnamen „Bayerische Holzverwertungsgesellschaft“ – straff organisierten Zelle, zur „Organisation Consul“ (OC). Charismatischer Führer war Hermann Ehrhardt. Sohn eines Pastors in Baden erhielt Ehrhardt als Seekadett bei der kaiserlichen Marine seine Ausbildung. In Deutsch-Südwestafrika wurde er beim Genozid an den Hereros zum „Meister des Tötens“. Nach 1918 erfuhr er eine doppelte Demütigung. Der Krieg war verloren und die Hochseeflotte, der Stolz des Kaisers, versenkte sich kampflös im britischen Scapa Flow. Für Ehrhardt galt, lieber weiterzukämpfen als sich dem als Diktat verstandenen Versailler Vertrag unterzuordnen. Er schloss sich den überall entstehenden Freikorps an. Lieber führte er mit seiner Art „Untergrundarmee“ (S. 65) seinen Krieg nach dem Krieg. Rache und Vergeltung waren angesagt. Er verkörperte regelrecht die Soldaten, die nach vierjährigem Sterben für den Kaiser an der Front sich weigerten, in ein ziviles Leben zurückzukehren. Denn der Krieg war für viele die erste und einzige Erfahrung nach der Schule gewesen: „Der Bluttausch war Programm“ (S. 18).



Auch Ernst von Salomon hatte sich nach der Kadettenanstalt den Freikorps angeschlossen und dort seine Heimat gefunden. Im Sommer 1919 ging es nach Oberschlesien und dann ins Baltikum, um deutsches Land gegen Polen zu verteidigen. Die vielgelesenen Publikationen des späteren Bestsellerautors „Die Geächteten“ (1929) und „Die Kadetten“ (1933) bieten dem Journalisten detailliertes Material für seine Rekonstruktion, wie Gewalt zum eigentlichen Lebensinhalt wurde, wie Tod süßer als das Leben schien. Offensichtlich übten die preußischen Kadettenanstalten, Zuchtstätten kommender Eliten, einen besonderen Einfluss aus; denn – so der Autor – sie waren „die Koranschulen ihrer Zeit. Hochideologisch aufgeladene Institutionen, wo den Lernenden das Gehirn gewaschen und sie gedrillt wurden“ (S. 113). Der Krieg erhielt eine metaphysische Weihe. Der Verfasser erinnert an Klaus Theweleits „bahnbrechende“ Dokumentation „Männerphantasien“ (1977/78, 2019).

Nach dem gescheiterten Kapp-Putsch war für die Feinde der Demokratie eine neue Strategie angesagt. Repräsentanten der sich allmählich stabilisierenden Republik sollten angeprangert,

diffamiert, ja hingerichtet werden. Das Kalkül war, einen Umsturz regelrecht zu provozieren, um dann als neue Ordnungsmacht einschreiten zu können. Ganz oben auf ihrer Agenda stand Walther Rathenau. Er wurde zur willkommenen Zielscheibe hasserfüllter Agitationen rechtsstehender antisemitischer Gruppierungen und letztendlich zum Mordopfer: „Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!“ (S. 105).

Er war Großindustrieller, Sohn Emil Rathenaus, des Gründers der weltumspannenden AEG. Inhaber zahlreicher Aufsichtsratsstellen, was ihm den Titel „Aufsichtsrathenau“ einbrachte. Er war Schriftsteller. Sein 1917 erschienenes Buch „Von kommenden Dingen“ wurde bald zum viel gelesenen Kultbuch. Er verstand sich als Kunstmäzen und ließ sich sogar von Edvard Munch malen. Und schließlich war er Jude. Der reiche Junggeselle bewohnte im vornehmen Berliner Grunewald eine selbst entworfene Villa und besaß in Freienwalde sogar ein preußisches Schloss. Zu Beginn des Krieges überzeugte er das preußische Kriegsministerium, eine „Kriegsrohstoff-Abteilung“ einzurichten, um dem drohenden Munitionsmangel zuvorzukommen. Er selbst leitete diese Abteilung acht Monate. General Ludendorff, den er als Kriegsherren bewunderte, beriet er, um den Krieg effektiver, ja totaler führen zu können. Die kontroverse Auseinandersetzung um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg führte zum Bruch. Am Kriegsende war es Rathenau, der das Waffenstillstandsgesuch der Obersten Heeresleitung als übereilt und falsch anprangerte: „Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“ Sein Aufruf zur „levée en masse“ stempelte Rathenau zum Kriegsverlängerer.

Seine in kurzer Zeit erschienenen Schriften – Rechtfertigungen, wirtschaftliche Zukunftsentwürfe, aber auch seine differenzierte Bilanz „Der Kaiser“ (1919) – konnten ihn nicht rehabilitieren und aus der politischen Ausgrenzung befreien. Er war 1918 Mitgründer eines nur kurzlebigen „Demokratischen Volksbundes“ und wurde auch Mitglied der DDP, ohne die erhoffte politische Aufgabe zu erhalten. Trotz seiner wirtschaftlichen Kompetenz und seines internationalen Renommées befand er sich zum Kriegsende im gesellschaftlichen Abseits, ein Ausgegrenzter, ein „Gezeichnete“, wie ihn sein späterer Biograf Harry Graf Kessler charakterisierte. Erst im Sommer 1920 wurde er in die Sozialisierungskommission berufen, und er begleitete als Sachverständiger die deutsche Delegation zur Reparationskonferenz nach Spa. Reichskanzler Joseph Wirth berief ihn endlich 1921 zum Minister für Wiederaufbau und Anfang 1922 schließlich zum Außenminister. War Rathenau am Ziel seiner Träume?

Die vom Verfasser ausführlich zitierten Briefe Rathenaus an Lili Kahn, Gattin des AEG-Konzernleiters Felix Deutsch, spiegeln Rathenaus Zerrissenheit, seine Zweifel, die Schwierigkeiten, sich mit seiner neuen Aufgabe zu identifizieren und sie gar bewältigen zu können.

Von Salomon erfahren wir, welche Wirkung die Lektüre von Rathenaus „Von kommenden Dingen“ auf ihn ausübte. Bei Rathenaus Vortrag im Oktober 1921 im Frankfurter Volksbildungsverein war er von der „Noblesse seiner Erscheinung“ (S. 106) tief beeindruckt.

Schließlich schildert der Autor Mittäter, deren Vorbereitungen und das Attentat selbst. Alle Attentäter wurden gefasst, wobei die beiden Todesschützen Erwin Kern und Hermann Fischer durch ihren Tod der Bestrafung entgingen. Insgesamt dreizehn Personen wurden angeklagt und mit relativ milden Strafen abgeurteilt. Von Salomon kam mit fünf Jahren Haft davon. Die eigentlichen Drahtzieher und Hintermänner der „Organisation Consul“ mussten sich nicht rechtfertigen und erlebten ein hohes Alter. Hüetlins Fazit: „Sie hatten den wichtigsten deutschen Politiker ihrer Zeit ermordet, aber die Demokratie, ihr eigentliches Ziel, hatte noch überlebt“ (S. 268).

Der Autor markiert die Ermordung des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 als ersten Mord der radikalen Rechten an einem deutschen Politiker seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Dem überzeugten Demokraten wurde zum Verhängnis, dass er die Aufnahme von Flüchtlingen 2015 als bewundernswerte Tat der Bundesrepublik gewürdigt hatte. Schnell wurde

er zur Zielscheibe rechtsradikaler und auch antisemitischer Hetzer. Getrieben von heterogenen Zukunftsängsten, fühlen sie sich von der vermeintlichen Überfremdung durch die Flüchtlingswelle bedroht und verstehen sich als Opfer der fortschreitenden Globalisierung und Digitalisierung. Erst die NPD, dann die Pegida und jetzt die AfD wurden zum Sammelbecken orientierungsloser Randständiger und erfahren vor allem in den neuen Bundesländern großen Zulauf. Nicht wenige von ihnen schließen den rechten Terror nicht mehr aus, was die bejubelten Zustimmungen zur Mordtat an Lübcke dokumentieren.

Indem er die Krisenlage der frühen Weimarer Republik mit ihren sich radikalisierenden Feinden als Gefahr vergleichbarer Entwicklungen heute beschwört, versteht sich Huetlins Essay als ernstzunehmender Warnruf. Huetlin bietet eine gut komponierte dramatische Reportage ohne Fußnoten und ohne wissenschaftlichen Anspruch, weiß er doch Martin Sabrow an seiner Seite mit dessen grundlegenden Untersuchungen, jetzt auch aktuell: „Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution“ (2022).

Heidelberg

Wolfgang Michalka



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



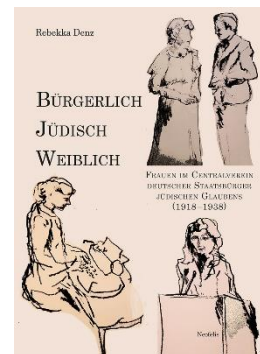
recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Rebecca Denz: **Bürgerlich, jüdisch, weiblich. Frauen im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1918-1938).**

Berlin: Neofelis Verlag, 2021 (= Jüdische Kulturgeschichte in der Moderne, Band 16), 392 S., zahlr. Tab., ISBN: 978-3-95808-159-8

In ihrer im Jahr 2016 an der Freien Universität Berlin abgeschlossenen, nun publizierten Dissertation widmet sich Rebecca Denz einem Thema, das sich in vielerlei Hinsicht mit Fragen der jüdischen Selbstbehauptung, jüdischer Organisationsgeschichte und weiblicher Teilhabe und Einflussmöglichkeit an dieser beschäftigt. Nicht unabsichtlich wird dabei die Reihenfolge der die Frauen im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) charakterisierenden Adjektive im Titel des Bandes gewählt sein; sie spiegelt im Grunde bereits sowohl die Grundhaltung als auch das Selbstverständnis der untersuchten Gruppierung im gewählten Zeitraum wider.



Die sich der Durchsetzung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, der Aufklärungsarbeit und dem Kampf gegen den Antisemitismus im deutschen Kaiserreich widmende, einflussreiche, größte bzw. mitgliederstärkste deutsch-jüdische Vereinigung, der im Jahr 1893 gegründete CV, rekrutierte sich primär aus dem religiös-liberalen, weitgehend akkulturierten deutschen Bürgertum. Die Tatsache der darin zum Ausdruck kommenden Mehrfachidentität und -identifikation als deutscher Staats-Bürger jüdischen Glaubens war u.a. das Ergebnis des langwierigen Emanzipationsprozesses in Deutschland im 19. Jahrhundert, der in der 1871 ausgesprochenen rechtlichen Gleichstellung der Juden kulminierte, die jedoch eher die Gleichberechtigung des Individuums denn die einer sozialen Gruppe mit eigenständiger Religion und kulturellen Eigenheiten meinte. Die Akkulturation an die bürgerliche Gesellschaft, Nation und deren Werte stand dabei der jüdischen Identität, Selbstverortung und dem individuellen Selbstverständnis gegenüber.

Frauen konnten dabei erst recht spät, nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes von 1908, der lang umkämpften Möglichkeit, (politischen) Vereinen und Parteien beizutreten, wirksam werden. Auch dem CV schlossen sich in den Folgejahren mehr und mehr Frauen an, denen sich nun auch außerhalb der bisher traditionell sehr umfänglichen ehrenamtlichen Tätigkeiten im jüdischen Vereins-, Sozial- und Gemeindewesen damit auch ein neues Aufgabenfeld im öffentlichen gesellschaftlichen Leben eröffnete. Von vornherein setzten sich Frauen daher auch in vielfältiger Weise für die Unterstützung der Vereinsziele ein. Denz fokussiert in ihrer Studie auf dieses „Wirken, [die] Wirkung und [die] (Selbst-)Organisation von Frauen im C.V. innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches im Zeitraum zwischen 1918 bis 1938“ (S. 309) sowie auf deren Arbeitsfelder, Rollenzuweisungen und die sich wandelnden Geschlechternormen. Mit dem gewählten Zeitfenster wurde damit bewusst die Phase zwischen der Erlangung des Frauenwahlrechts und der Zwangsauflösung des CV und der Novemberpogrome Ende 1938 berücksichtigt. Denz umschreibt damit die Phase unmittelbarer quantitativ und qualitativ höchster Präsenz von Frauen in politischen Funktionen, die dann im Verlauf der folgenden Jahre vermehrt abnimmt und letztlich in der Behinderung bzw. dem Ausschluss jüdischer Männer und Frauen vom politischen wie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben durch die Nationalsozialisten gipfelte.

In drei großen Blöcken untersucht Denz einerseits die weibliche Organisationsgeschichte, die Rolle der Frau im jüdischen Bürgertum, ihre Erfahrungs- und Lebenswelten, die Wirkungs- und Themenbereiche und die Verortung in der Frauenarbeit des CV – auch in Bezug zum Verhältnis gegenüber der jüdischen Frauenbewegung (Jüdischer Frauenbund). Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Analyse der Arbeit der lokalen Frauengruppen des CV und ihres Verhältnisses zum jüdischen Frauenbund, insbesondere aber auf dem eigentlichen Arbeitsschwerpunkt von Frauen im CV, dem Pressewesen. Dieser Teil macht auch den größten und quellenmäßig am intensivsten erarbeiteten Anteil der Studie aus. Genutzt wurde dabei ein großes Quellenkonvolut an Presseerzeugnissen des Vereins aber u.a. auch das bis 1990 nicht zugängliche Archiv des CV.

Die sehr umfängliche und akribische Quellenanalyse untermauert dabei die anfänglich von Denz postulierte Annahme, dass die Akteurinnen aufgrund ihres Selbstverständnisses als deutsch, jüdisch und aufgrund ihres Geschlechts eine „multiple Zugehörigkeit oder hybride Identität“ aufwiesen (S. 11). Dies wird in den kollektivbiographischen Darstellungen von elf Protagonistinnen ebenso anschaulich wie anhand der von ihnen gewählten Themenbereiche, der Tatsache ihrer unterschiedlichen Verankerung im Verein wie auch ihres individuellen Beitrags in der Presse- und Vereinsarbeit. Entsprechend heterogen wird so auch das Frauenbild in der CV-Presse der Jahre 1918 bis 1938 wiedergegeben: Zwischen traditionellem (jüdischem) Frauenbild und dem Bild von modernen, berufstätigen, sowohl gesellschaftlich als auch politisch agierenden Staatsbürgerinnen liegt eine Vielzahl von nebeneinander existierenden unterschiedlichen Frauenrollen und -bildern. Dies unterschied sich jedoch wohl kaum von den Gegebenheiten im nicht-jüdischen gesellschaftlichen Umfeld. Es war Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen und politischen Entwicklung der damaligen Zeit. Hier wie dort blieb aber der Dreh- und Angelpunkt – auch bei der der Studie zugrundeliegenden Betonung des jüdischen Frauenbezugs, der Benennung und dem Wandel von beschriebenen Frauenrollen im Rahmen des CV und seines Pressewesens – die allgemeine gemischtgeschlechtliche Bezugsgröße. Männer waren stets dominierende Protagonisten, bestimmten Tätigkeitsfelder, traditionelle Frauenbilder und Wirkungsmöglichkeiten eben auch im CV mit. Ebenso aber waren es gerade auch die Zeichen der damaligen Zeit, dass den Frauen ganz allgemein neue Zugänge, auch im Pressewesen, möglich wurden. Dies war keineswegs nur eine im CV festzustellende Besonderheit, sondern ein Ergebnis der emanzipatorischen Entwicklung der Vorkriegszeit, die auch den Frauen als künftigen Akademikerinnen auch in Zeitungsredaktionen neue Arbeits- und Artikulationsmöglichkeiten schuf – gerade in der Haupt- und Pressestadt Berlin. In der nicht-jüdischen wie auch in der jüdischen Presse finden sich daher divergierende Zugänge von Frauen in unterschiedlichen Positionen mit unterschiedlicher Präsenz und Wirkungsmöglichkeit, die nicht nur auf frauenspezifische Themen fixiert war.

Die Abhängigkeit des Judentums von der Akzeptanz und der Behandlung durch die ‚nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft‘ hingegen war stets der Punkt, an dem sich das Selbstverständnis, der Wandel im religiösen Verständnis und letztlich auch tradierte Rollen, wie eben insbesondere das Frauenbild und die Aufgabe der Frau in der jüdischen Gesellschaft, festmachen lassen. Die Bedeutung des CV, der ganz bewusst Ende des 19. Jahrhunderts als Gegenbewegung und Aufklärungsorganisation (auch für die nicht-jüdische Gesellschaft!) gegen den bestehenden Antisemitismus und auch als Identitätsstifter deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ins Leben gerufen wurde, stieg mit zunehmender antijüdischer Anfeindung. Er ließ auch die dort agierenden Frauen wieder näher an jüdische-religiöse Traditionen und Frauenbilder heranrücken – in ganz konsequenter Abwendung und bewusster Sammlung gegen die zunehmende Bedrohung, die vom Nationalsozialismus aus der deutschen Gesellschaft heraus ausging. Jüdische Aufklärungs- und Bildungsarbeit auf dem Gebiet traditionellen jüdischen Lebens, Religionshabitus‘ und jüdische Kultur wurden dann wieder verstärkt zu einem Thema der aktiven Frauenarbeit.

Sich mit der Rolle von jüdischen Frauen in deren eigenen Vereinen, Bewegungen oder Organisationen gerade in der Zeit der Weimarer Republik zu beschäftigen, heißt im Grunde immer auch,

die nicht-jüdische Gesellschaft, das nicht-jüdische Umfeld als ‚Antagonisten‘ mitzudenken: sowohl als Indikator einer positiven Entwicklung – etwa im Rahmen der Emanzipationspolitik – oder eben negativ in der Phase der zunehmenden Bedrohung vor und nach 1933. Denz’ Studie ist eine grundlegende, die Aufarbeitung der Rolle der jüdischen Frau – nicht nur im Rahmen des CV und seiner Presseorgane – verstärkt in den Blick nehmende und neu kontextualisierende Untersuchung. Manches bleibt mangels konkreter Nachweise offen, wird aber von der Verfasserin zumindest in dem speziellen Kontext thematisiert oder gemutmaßt; manchmal wird der Leser durch das Mitdenken der in Klammern gesetzten Zusatzinformationen oder Ergänzungen etwas überstrapaziert: Eine damit verbundene zweite Informationsebene erscheint dabei nicht immer leserfreundlich (S. 196 f.); Fragen ergeben sich allenfalls bei all der umfassenden Thematisierung m.E. durch die Betonung einer gewissen, zumindest der Leserschaft u.U. suggerierten, auf Exklusivität ausgerichteten verkürzten Sicht auf die agierenden vorgestellten jüdischen Frauen. Sie sind gerade auch in Bezug auf die festgestellte „multiple Zugehörigkeit und hybride Identität“ in einem weiter gefassten gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten – im jüdischen wie auch nicht-jüdischen Kontext: sozialisiert als bürgerliche Töchter (akkulturierter/asimilierter) jüdischer Familien, als Ehefrauen oder Alleinstehende, als von der Modernisierung der Nachkriegsgesellschaft und des Bildungswesens profitierende Akademikerinnen an den Universitäten, als politisch oder gesellschaftlich Agierende und allgemein als Berufstätige, als Teil der (bürgerlichen) Frauenbewegung etc. – kurz: als Teil einer sich in einer Umbruchphase befindlichen deutschen Gesellschaft.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Michael Wildt: Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918-1945.

München: C.H. Beck, 2022, 2. Aufl. (= Neue Deutsche Geschichte, Band 9), 638 S., ISBN: 978-3-406-77660-1

Auf der einen Seite hat Michael Wildts „Deutsche Geschichte 1918-1945“ etliche Gemeinsamkeiten mit der im selben Verlag vor kurzem erschienenen, viel gelobten Geschichte des Kaiserreiches von Christopher Nonn:¹ Auch er wählt keine chronologische Darstellung, sondern den Zugriff in – ebenfalls – zwölf Kapiteln über ausgewählte Ereignisse bzw. Jahre, an denen dann zentrale Fragen und Probleme dieses Abschnitts deutscher Geschichte beschrieben werden. Doch wo es bei Nonn vor allem um das Erklären und Einordnen gegangen ist, ist Wildts Ziel anders gelagert: „Vielmehr sollen hier angesichts der Zerrissenheit des 20. Jahrhunderts die Brüche und Diskontinuitäten sichtbar werden.“ (S. 11). Der Autor bekennt sich in der Tradition Alf Lüdtkes nicht nur im Titel ausdrücklich zum „Fragment“ (S. 16), weshalb man kein Überblickswerk erwarten kann. Warum das Werk dann aber in die seit langem existierende Verlagsreihe „Neue Deutsche Geschichte“ eingeordnet wird, deren bisherige Bände klassischen Handbuchcharakter haben,² erschließt sich nicht.



Leitbegriffe sind bei Wildt „Volksgemeinschaft“ und „Antisemitismus“ bzw. „Rassismus“, also eindeutig antiliberalen Konzepte, was nicht ausschließt, dass auch Bürgerlich-Liberale mitunter mit ihnen „sympathisieren“. Das wird zum Beispiel ganz deutlich im fünften Kapitel, wo Wildt die Auftritte Josephine Bakers in Deutschland 1926 nachzeichnet und dabei ausführlich auch die Berliner Presse zitiert.

Die bevorzugte Quellengattung ist allerdings eine andere, nämlich die Tagebücher einiger prominenter und etlicher nicht prominenter Zeitgenossen. Zu ersteren zählt der bekannte Romanist Viktor Klemperer, als Jude ursprünglich dem Liberalismus zuneigend, in der DDR nach den Erfahrungen der NS-Zeit SED-Mitglied. Bislang weniger bekannt sind dagegen die umfassenden und höchst aufschlussreichen Aufzeichnungen von Luise Solmitz, einer Hamburger Lehrerin mit national-liberalen, dann deutsch-nationalen Neigungen, verheiratet mit einem getauften jüdischen „Frontkämpfer“ des Ersten Weltkriegs, und die des Gastwirts und Zentrumspolitikers Matthias Mehs aus Wittlich, der ab 1949 kurzzeitig MdB war. Zu diesen dreien kommen noch weitere Tagebuchschreiber bzw. -schreiberinnen in den einzelnen Kapiteln zu Wort. Die Absicht, „Optionen, Handlungsmöglichkeiten und Alternativen in der damaligen Gegenwart“ (S. 12) nicht aus der Retrospektive bzw. aus der Sicht „von oben“, sondern aus der der „einfachen“ Zeitgenossen darzulegen, wird auf diese Weise zweifellos eingelöst.

¹ Vgl. die Besprechung hier unter <https://www.freiheit.org/sites/default/files/2021-01/online-2-20-frolich-nonn.pdf>.

² Vgl. etwa Wolfram Siemann: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806-1871. München 1995 (Neue Deutsche Geschichte Bd. 7). Für den die Lücke zwischen diesem Buch und dem von Wildt vorgesehenen Band 8, s. Siemann, ebd., Vorblatt, war das Buch von Nonn offenbar nicht vorgesehen.

Die Darstellung vollzieht sich in zwölf Jahresschritten, davon je sechs zur Weimarer Republik (1918, 1919, 1923, 1925, 1926, 1930) und zur NS-Zeit (1933, 1936, 1938, 1941, 1943, 1945). Diese Übersicht macht schon den „fragmentarischen“ Charakter der Darstellung deutlich, denn z. B. der Kriegsausbruch 1939 wird nicht eingehend thematisiert. Auch unter den behandelten Jahren vermisst man manches, was eigentlich zu erwarten wäre, etwa die Verhandlungen zur Weimarer Reichsverfassung: Das Kapitel 1919 mit den Erläuterungen „München – Budapest – Versailles“ handelt vor allem von den Revolutionswirren in Bayern und dem Wandel des Landes in die berüchtigte „Ordnungszelle des Reiches“.

Hier wie im vorherigen Kapitel zum Ausgang des Kaiserreiches stehen vor allem die verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung und die antirevolutionären Kräfte auf der Rechten im Mittelpunkt, was – wie Wildt selbst zugibt (S. 56 f.) – die revolutionären Aktionszentren gegenüber dem normalen Alltag in großen Teilen des Landes überbetont. Und das, was er an Friedrich Ebert eher kritisch sieht (S. 59 f.), seinen Anti-Bolschewismus, machte ihn in bürgerlich-liberalen Kreisen zum Sympathieträger.

In den beiden folgenden Kapiteln zum „Ruhrkampf“ und zu Locarno steht dann mit Gustav Stresemann ein liberaler Politiker im Zentrum, der bei Wildt recht gut wegkommt, auch wenn der Autor das Jahr 1923 als Wendepunkt für den Durchbruch der „Volksgemeinschafts-Ideologie“ sieht, die von nun an das Gegenmodell zu den liberalen Konzeptionen bildet und diese immer mehr verdrängt. Letztere bleiben aber alles in allem nur schemenhaft in der Darstellung.

Neben dem schon erwähnten Kapitel zu Josephine Baker ist auch der Abschnitt 1930 der „Massenkultur“ gewidmet, hier dem Film. Zugleich werden hier Aufstieg des Nationalsozialismus und die Erosion der Republik bis 1932 thematisiert. Zusammen mit dem siebten Kapitel „Machtergreifung“ ist die „Auflösung der Weimarer Republik“ (Karl-Dietrich Bracher) sehr dicht und anschaulich dargestellt. Zugleich gibt der Autor auch überzeugende Erklärungen dafür, warum sich die – nicht staats-, sondern volkszentrierte (S. 300) – NS-Ideologie als so überaus „anschlussfähig“ und das daraus abgeleitete Staats- und Gesellschaftssystem als ungemein stabil erwies.

Die Kapitel zu 1936 und 1938 sind wieder wie zu 1925 eher außenpolitisch zentriert, aber die Ereignisse vom November 1938 weisen dann schon auf das zukünftige Grauen hin. In den damaligen, als „Reichskristallnacht“ lange Zeit verharmlosten Pogromen, sieht Wildt weniger geplante Maßnahmen als den Ausbruch eines aufgestauten „Volkszorns“. (S. 370).

Die folgenden Abschnitte zu 1941 und 1943 sind zweifellos die zentralen des Buches, beide befassen sich aus unterschiedlicher Perspektive mit der NS-Vernichtungspolitik. Dabei kann der Abschnitt „Vernichtungspolitik – Lemberg 1941“ eine wohl bei der Konzeption ungeahnte Aktualität beanspruchen. Denn hier schildert Wildt unter Rückgriff bis in die KuK-Zeiten die schwierige ethnische Gemengelage in der West-Ukraine mit polnischen, ruthenisch-ukrainischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen, wobei die Konfliktlinie vornehmlich – und anders als heute – zwischen Polen und Ukrainern lief und die jüdische Bevölkerung immer wieder, egal ob Österreicher, Polen oder Russen gerade an der Macht waren, die eigentlichen Leidtragenden waren. Sehr dicht werden dann die Pogrome unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht geschildert, die den Auftakt zur Vernichtung des galizischen Judentums darstellten.

Im elften Kapitel wird die Perspektive dann erweitert und ausgehend von den Vernichtungslagern Sobibor und Belzec die gesamte NS-Vernichtungspolitik von der Euthanasie bis zu den Todesmärschen nach Räumung der Lager dargelegt. Hier greift der Autor vor allem auf überlieferte jüdische Quellen zurück, was das ganze Ausmaß des Grauens nochmals verstärkt veranschaulicht.

In den darstellerischen Schlussspunkt zu 1945 fließen dann auch bislang ausgeblendete Aspekte des Zweiten Weltkriegs wie die militärische Entwicklung, der Luftkrieg und der Widerstand während der letzten beiden Kriegsjahre ein. Die Vernichtungspolitik in ihrer Endphase bleibt aber weiterhin im Fokus. Das ungezählte Schlusskapitel zeigt vor allem das weitere Schicksal der überlebenden Tagebuchschreiber und bietet dazu einen knappen Ausblick auf die Nachkriegsentwicklung. Die Bedeutung der beiden Leitbegriffe wird nochmals betont, wobei es zur „Volksgemeinschaft“ etwas kryptisch heißt, sie habe sich in eine „Trümmergesellschaft“ verwandelt (S. 505). Ob die dahinterstehende Ideologie damit verschwand, bleibt offen. Man kann dies bezweifeln, wenn man den gerade in jüngster Zeit verstärkten Ruf nach – einem vor allem materiell herzustellenden – „Zusammenhalt der Gesellschaft“ in Betracht zieht; Liberale, die früher durchaus vom „Augusterlebnis“ des Jahres 1914 beeindruckt waren, sind allerdings daran nicht mehr beteiligt.

Der Rezensent hat am Ende ein etwas zwiespältiges Urteil: Die Darstellung ist gut lesbar nicht zuletzt aufgrund der gewählten Methode, Zeitzeugen, die eher zu den „Erleidenden“ als den Handelnden gehörten, zu Wort kommen zu lassen. Das bringt vor allem für den zweiten Zeitabschnitt ein eindrückliches Bild von den Wirrungen und Verwerfungen der deutschen Zeitgeschichte. Nicht ganz so überzeugend sind die Kapitel zu Weimar, wo es auch offensichtliche Irrtümer gibt:³ Sie stehen doch sehr im Zeichen des kommenden Irrwegs und lassen die positiven Ansätze des ersten Jahrhundertdrittels weitgehend außen vor.

Das ist es dann auch, was man vor allem gegen diese Sicht der deutschen Geschichte einwenden könnte: Sie hebt die negativen Seiten hervor, die natürlich hier nicht negiert werden sollen. Aber der unvoreingenommene Leser bzw. eine entsprechende Leserin ist am Ende ziemlich ratlos, wie die Deutschen aus diesem Abgrund herauskommen sollten. Das dies dann zumindest im Westteil vergleichsweise schnell gelang, zeigt doch, dass es auch im Deutschland des frühen 20. Jahrhunderts selbst andere, zunächst zurückgedrängte politische und gesellschaftliche Ansätze gab, die nicht auf Volksgemeinschaft und Antisemitismus beruhten. Dass aber die Verwerfungen der deutschen Geschichte zwischen 1914 und 1945 nicht verdrängt werden, dafür bildet Wildts Gesamtschau zweifellos ein eindrucksvolles Plädoyer.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

³ Vgl. etwa S. 178 gegen S. 367 (zu Mussolinis Konferenzteilnahmen), S. 164 f. (zur frühen politischen Karriere und zu den Wahlkreisen Stresemanns) sowie S. 165 zum Reichstagswahlrecht, das auch vor 1918 frei und gleich war.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Karsten Linne: Die Bruderschaft der „Entwickler“. Zur Etablierung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1974.

Göttingen: Wallstein, 2021, 648 S., ISBN: 978-3-8353-3977-4

Karsten Linne hat sich in seiner Forscherkarriere sehr ausführlich mit der Geschichte von kolonialer und nationalsozialistischer Expansion beschäftigt. Zuletzt legte er eine umfassende historische Würdigung der ehemaligen Kolonialschule im nordhessischen Witzenhausen vor. Nun hat er, inhaltlich auf den ersten Blick konsequent, die Etablierung der Entwicklungspolitik in der frühen Bundesrepublik als ein relativ neues Politikfeld untersucht und eine voluminöse, knapp 650 Seiten starke Arbeit dazu verfasst.

Im Jahr 1961 wurde das noch heute existente Ministerium für Entwicklungshilfe (momentan: für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (BMZ) gegründet. Obgleich Linne seine Studie auch in den Zusammenhang der Erforschung der NS-Belastung von bundesdeutschen Ministerien stellt, geht es ihm vor allem darum zu zeigen, dass dieses Handlungsfeld sich nach 1945 aus einer Konfiguration sehr unterschiedlicher Motivationen herausbildete. Zwar gab es durchaus eine gewisse NS-Prägung bei einzelnen der Akteure, am prominentesten vielleicht beim ersten Staatssekretär des Ministeriums, Friedrich Karl Vialon. Eine biographische oder kulturelle Prägung in kolonialen Milieus kann aber bei kaum einem der Akteure nachgewiesen werden. Sie trifft eigentlich nur bei dem 1913 im damaligen Deutsch-Ostafrika geborenen Kai-Uwe von Hassel zu.

Formal ist die Präsentation von Linnes Recherchen auf eine Art von Handbuch hinausgelaufen. Es stellt die maßgeblichen Personen, Organisationen und Netzwerke in ihren Verflechtungen dar. Dabei bedient er sich diverser Konzepte (Generationalität, Politikfeldanalyse usw.), um seine Befunde zu ordnen. Das Buch ist weniger eine thesengeleitete oder chronologische Darstellung geworden, sondern eine sektorale Analyse von 27 Akteuren (davon nur eine Frau) aus Politik, Publizistik und Wissenschaft, von gesellschaftlichen Gruppen, Vorfeldorganisationen, Beratern und Netzwerken sowie des Ministeriums bis zu Erhard Epplers Rücktritt am 4. Juli 1974.

Das Datum markierte eine Zäsur, weil das Politikfeld „Entwicklungshilfe“ einerseits etabliert war, nicht zuletzt durch die Aufmerksamkeit, welche die 1968er-Bewegung den damals einer „Dritten Welt“ zugeordneten Ländern zwischenzeitlich gewidmet hatte. Andererseits wurden die vorwiegend humanitären Erwägungen, die viele der Akteure bis Eppler *auch* angetrieben hatten, fortan dauerhaft durch politische und ökonomische Interessen ausbalanciert. Hier fällt insbesondere auf Helmut Schmidt ein Schatten, dessen Denken ganz im Globalen Norden verhaftet war.

Der Anteil von Liberalen am Etablierungsprozess der Entwicklungshilfe war zunächst durchaus markant. Mit Franz Blücher und Walter Scheel hatten zwei Persönlichkeiten der FDP wesentliche Impulse hierzu beigesteuert. Beide hatten Vorerfahrungen mit der westeuropäischen Kooperation (Marshallplan, EWG usw.), die sie auf die Länder des Globalen Südens ausweiten wollten.



Einer „wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ hafteten hierbei die Konnotationen des Kalten Krieges sowie das implizite Ziel an, dekolonisierte Länder frühzeitig als Handelspartner einer kolonial vermeintlich unbelasteten Bundesrepublik zu gewinnen.

Für beide Personen sollte Entwicklungshilfe auch ein Sprungbrett zu erweiterten Aufgaben sein. Während Blücher jedoch – entgegen seinen Erwartungen – kein Außenminister wurde, gelang Scheel immerhin die Gründung eines eigenständigen Ministeriums. Das Außenamt folgte dann später. Der einzige sonstige FDP-Minister in diesem Ressort sollte von 2009 bis 2013 Dirk Niebel sein. Zu den Liberalen der „ersten Stunde“ muss außerdem Gustav Adolf Sonnenhol gezählt werden, der im BMZ die Abteilung Wirtschaftspolitik leitete. Er gehörte zu der nicht unwesentlichen Zahl an hier porträtierten Personen, die eine NS-Vergangenheit besaßen. Immer mehr vergleichbare Studien zeigen, dass bis in die Parlamente hinein die NS-Belastung in deutschen Institutionen erst zu Beginn der 1960er Jahre einen Höhepunkt erreichte.

Die letztlich jedoch überschaubare Präsenz der Liberalen erklärt Linne auch durch den Umstand, dass sich mit Paul Leverkuehn und Hellmut Kalbitzer ein CDU- und ein SPD-Mitglied der Sache der Entwicklungsländer angenommen hatten. Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre schmiedeten sie eine Art von Großer Koalition der Gutwilligen. Das Paradigma der politischen Generation trägt nicht unbedingt zur Klärung dieses spezifischen Interesses bei. Vielmehr wird in den je etwa zehnteiligen Einzelporträts der zwischen 1893 und 1928 Geborenen sichtbar, wie vielfältig und divers die zugrundeliegenden Motive waren. Das liest sich durchweg gut und sorgfältig recherchiert. Es basiert auf umfassenden Archiv- und Literaturstudien, die im Anhang detailliert nachgewiesen werden. Es hat aber natürlich auch etwas Repetitives und animiert fast dazu, das Buch von hinten, soll heißen: vom Personenregister aus zu lesen.

In zwei Zwischenfazit und einer Schlussbetrachtung werden freilich bilanzierende Einschätzungen vorgenommen. Es habe sich um eine eher „zusammengewürfelte Gruppe“ von Personen gehandelt, „die sich aus unterschiedlichen Richtungen und Motiven zusammenfand, dann aber eine erstaunliche Kohärenz in Denken und Handeln entwickelte“ (S. 331). Eher angedeutet wird hier, dass diese Denkkategorien von einer sehr optimistischen Haltung gegenüber der Planung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie einem eurozentristischen Paternalismus geprägt waren.

Letztlich, so Linne, habe eine „kleine Avantgarde“ das Projekt vorangetrieben, „von dort aus diffundierte es in weitere gesellschaftliche Bereiche“ (S. 554). Zudem habe sich ein spezifisch plurales, föderatives und korporatistisches Politikmodell herausgebildet. Es basierte auf einer Kooperation der staatlichen Entwicklungshilfepolitik mit gesellschaftlichen Organisationen und der entstehenden Zivilgesellschaft. Dieses nicht besonders trennscharfe politische Feld hat aber bis heute damit zu kämpfen, dass es entweder als eine indirekte Förderung des Außenhandels verstanden, mit negativen Konnotationen („Fluchtursachen bekämpfen“ usw.) versehen oder schlichtweg für unwichtig gehalten wird.

Linne leuchtet die ersten zwei Jahrzehnte der bundesdeutschen Idee, so etwas wie eine Hilfe zur – westlich verstandenen – „Entwicklung“ zu leisten, sehr differenziert aus. Ein Blick in parallele und konkurrierende Prozesse in der DDR hätte hier vielleicht noch weitere Facetten eröffnet. Doch mangelt es schon so dem umfangreichen Werk gerade hieran nicht. Wer sich neben den Übersichten von Bastian Hein, Peter Molt, Hubertus Büschel, Corinna R. Unger und anderen in die personalen und institutionellen Netzwerke der frühen Entwicklungshilfe vertiefen möchte, bekommt hier ausführliche Antworten.

Allerdings wäre aus der von Klaus Mehnert entlehnten Kategorie der „Bruderschaft“ vielleicht methodisch noch etwas mehr zu machen gewesen. Sie erinnert jedenfalls stark an die meist sehr international aufgestellte Gemeinschaft von technischen und sozialen Experten. Deren vom

Gedanken des Fortschritts und der Modernisierung durchtränktes Wissen zirkulierte im 20. Jahrhundert global und schlug sich folglich weltweit in Projekten und Politikfeldern nieder.

Leipzig

Dirk van Laak



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Ines Soldwisch: Das Europäische Parlament 1979–2004. Inszenierung, Selbst(er)findung und politisches Handeln der Abgeordneten.

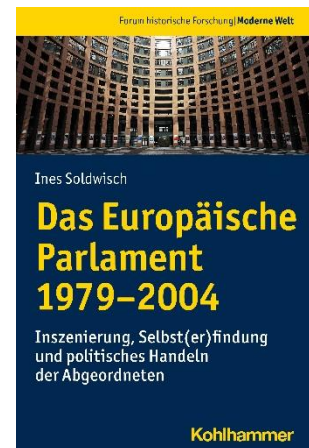
Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 2021 (= Forum historische Forschung: moderne Welt), 302 S., 52 Abb., ISBN: 978-3-17-040068-9

Bücher von und über das Europäische Parlament (EP) füllen ganze Regalwände bzw. den Speicherplatz auf diversen Servern. Wenig davon stammt aus der Feder von Historikerinnen und Historikern – trotz der unbestrittenen historischen Relevanz des EP und seiner erstaunlichen Entwicklung. Es fehlen vor allem Ansätze einer Kommunikations- und Kulturgeschichte des Parlamentarismus, die Fragen aufgreifen zur Ausgestaltung des parlamentarischen Kommunikationsraums, zur Lebenswelt der Abgeordneten und zu Fremd- und Selbstbildern, mit denen die Parlamentarier konfrontiert waren und an denen diese mitzeichneten.

Begrüßenswert ist es deshalb, dass Ines Soldwischs Aachener Habilitationsschrift, die nun als Buch vorliegt, genau von dieser Forschungsperspektive ausgeht. Sie greift explizit parlamentarismushistorische Studien zur Kulturgeschichte der Politik von Thomas Mergel und anderen auf, um diese auf das EP anzuwenden. Es geht „nicht um die – notwendige – demokratietheoretische Auseinandersetzung“ (S. 35), nicht um die inhaltlichen Politikfelder des Parlaments oder um die Rolle und (fehlende) Macht des Parlaments im Setting der europäischen Institutionen. Stattdessen wird eine akteursspezifische, praxeologische Perspektive vorgelegt, eine Wahrnehmungs- und Selbstwahrnehmungsgeschichte.

Nun ist das EP wahrlich kein Parlament wie jedes andere. „Die Innenwelt – der Mikrokosmos Parlament – wird durch unterschiedliche Erfahrungswelten geprägt, unterschiedliche soziale Hintergründe, unterschiedliche Sprachen, unterschiedliche nationale Kulturen und politische Prioritäten“ (S. 31). Es gibt keine aus dem Parlament erwachsene Regierung oder Opposition, sondern ein sehr komplexes Zusammenspiel in der Mehrebenenendemokratie.

Fragen nach dem Problem des Parlamentarismus im EP, nach Begriffen und Einordnungen geht das zweite Kapitel des Buches nach, das jedoch mit vierzehn Seiten viel zu knapp geraten ist. Es konturiert einen „europäischen Parlamentarismus als Lern-, Aneignungs- und Inszenierungsprozess“ (S. 40) und enthält einige kluge Gedanken, etwa wenn die Theatermetapher unter Rückgriff auf Platons Georgias-Dialog und die Theaterwissenschaftlerin Doris Kolesch überzeugend nutzbar gemacht wird: Die Europaparlamentarier agieren in „theatralen Situationen“, deren Struktur und Wesen es zu untersuchen gilt. Dies ist umso wichtiger, da das EP „durch das Inszenieren von Macht zu seiner Macht gekommen [ist]. Durch Ausschöpfen des maximal Möglichen, das die jeweiligen europäischen Verträge zuließen“ (S. 40).



Insgesamt wird jedoch die Chance verpasst, das Thema und den eigenen Ansatz durch eine tiefere Verortung und Abgrenzung zur bisherigen Forschung zu schärfen. Finden sich in den Arbeiten der Historiker und historisch arbeitenden Politikwissenschaftler, die sich mit dem EP (natürlich mit anderen Perspektiven und mit anderen Fragestellungen) bisher beschäftigt haben, denn gar keine akteursorientierten Ansätze? Zu denken wäre hier etwa an die Arbeiten von Michael Gehler, Wilfried Loth, Andreas Maurer, Jürgen Mittag, Kiran Klaus Patel, Guido Thiemeyer, von denen nur ein Teil in der Literaturliste auftaucht.

Der Untersuchungszeitraum der Arbeit erstreckt sich von der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 – eine Errungenschaft, auf die überzeugte Europäerinnen und Europäer hingearbeitet hatten – bis zum Jahr 2004 und ist damit ideal, um die enorme Veränderung und Aufwertung des Europäischen Parlaments zu reflektieren, die in diesen Jahren stattfand. „1979 lag eine gewisse Aufbruchstimmung in der Luft“ (S. 123), die Parlamentarier hofften auf einen Bedeutungsgewinn, der dem Parlament jedoch zunächst versagt blieb. „Was die Abgeordneten sich eigentlich kurz nach der Direktwahl erhofft hatten, verwirklichte sich in den Verträgen von Maastricht 1992/1993 und Amsterdam 1997/99“ (S. 235). Das Parlament erhielt Kompetenzen, die die Arbeit und innere Struktur änderten. Die Bedeutung der Reform von Maastricht findet sich in der cleveren Kapiteleinteilung des Hauptteils des Buches wieder. Der Clou ist, dass sich jeweils vier Themen spiegeln und mit jeweils einem Kapitel zur Zeit vor und nach Maastricht behandelt werden.

Das erste Thema ist die Architektur, deren symbolische und praktische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Und die Geschichte der Räumlichkeiten des EP ist geradezu abenteuerlich. Noch heute ist das Parlament von den ständigen Umzügen von Straßburg nach Brüssel geprägt. Aber dass alles noch komplizierter ist, nicht nur weil mit Luxemburg ein dritter Standort mit einem quasi nie genutzten Plenarsaal existiert, sondern vor allem weil weitere große (von nationaler Konkurrenz beeinflusste) Pläne geschmiedet wurden, erfahren wir in den lesenswerten Kapiteln. Vor allem wird der Kontrast von Planungseuphorie und der pointiert dargelegten Wahrnehmungsgeschichte der Räumlichkeiten durch diejenigen, die darin arbeiten müssen, überzeugend beschrieben.

Das zweite Thema ist der Entwicklung der Geschäftsordnung gewidmet. Diskussionen um Regularien und deren Reformen sind immer eine Verständigung über das Wesen und das Selbstverständnis der Versammlung. Es ist der Autorin gelungen, den Wandel vom diskutierenden zum Entscheidung treffenden Parlament nachzuvollziehen. Man erfährt, wie die Arbeit wirklich funktioniert, welche Pläne, Probleme und grundsätzliche Gedanken dahinterstehen. Bemerkenswert ist die Rolle der Fraktionen, die Soldwisch als „multinationale Herausforderung“ (S. 88, 96) vorstellt und deren Arbeit eine besondere Bedeutung zukommt.

Im dritten Themenfeld wird eine Art Sozialprofil der Abgeordneten skizziert, aber auch das Selbstverständnis der Parlamentarier angesprochen. Herkunft, Geschlecht, Geburtskohorten, parlamentarische Erfahrung werden ausgewertet. Eine Liste aller Abgeordneten gehört zum Anhang und ist online verfügbar, so dass die Auswertung nachvollziehbar ist. Die Analyse verbleibt teilweise im Allgemeinen, etwa wenn gesagt wird, dass die Abgeordneten im EP „mindestens so unterschiedlich und vielfältig wie Europa selbst“ (S. 106) gewesen sind. Zunehmend konturiert sich das EP als Ort der Europaexperten, wobei allerdings auch „der spürbar gewordene kalte Wind der Antieuropäer und Europakritiker“ (S. 258) wehte.

Im vierten Themenbereich wird den Wahlen zum Parlamentspräsidium Raum geboten. Ausführlich erzählt werden der Ablauf der Wahl, das Auftreten der gewählten Persönlichkeiten und die Antrittsreden. Dieses Textgenre erweist sich als Standortbestimmung des Parlaments und Spie-

gel des parlamentarischen Selbstverständnisses. Besonderer Wert wird hier auch auf die Analyse der Inszenierung gelegt, die Reden jedoch vielleicht zu sehr textimmanent und zu knapp analysiert.

Ines Soldwisch schreibt anschaulich, nimmt die Lesenden mit, arbeitet mit Beispielen. Sie bleibt zunächst bewusst deskriptiv, um in den (sicher jeweils etwas zu knapp geratenen) Zusammenfassungen der Kapitel einen analytischen Zugriff folgen zu lassen. Ihr Buch ist keine alles umfassende Gesamtdarstellung, sondern als methodisch originelle, Perspektiven eröffnende Geschichte lesenswert. Sie fokussiert sich auf symbolisch und arbeitspraktisch wichtige Felder in der Phase der machtpolitischen Emanzipation des Europäischen Parlaments. Es gelingt der Autorin so zu zeigen, wie das EP und „seine Abgeordneten und Mitarbeiter in Anpassung an differierende kulturelle Inputs und funktionale Anforderungen einen spezifischen Kommunikations- und Interaktionsraum aktiv ausgebildet und inszeniert haben“ (S. 36).

Dass das Druckbild mit den viel zu großen kursiven Überschriften störend wirkt und die Qualität der Fotowiedergabe grauenhaft ist, kann jedoch nicht verschwiegen werden. Das ist bedauerlich, weil die Fotos Bestandteil der kulturhistorischen Argumentation sind.

Berlin

Tobias Kaiser



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

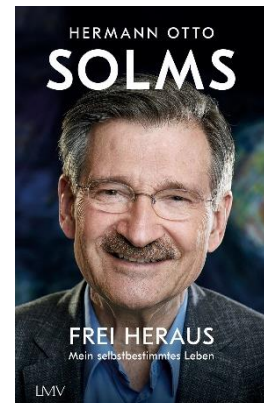


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2022

Hermann Otto Solms: Frei heraus. Mein selbstbestimmtes Leben.

München: Langen-Müller-Verlag, 2021, 450 S., ISBN: 978-3-7844-3609-8

Hermann Otto Solms kann man ohne jeden Zweifel nicht nur – wie im Klappentext seiner Autobiographie beschrieben – als ein „FDP-Urgestein“ bezeichnen, sondern auch als ein Urgestein bundesrepublikanischer Parteiengeschichte. Nach seinem Ausscheiden als langjähriger Schatzmeister seiner Partei wird er als FDP-Ehrevorsitzender mit Sicherheit trotz seines fortgeschrittenen Alters (Jahrgang 1940) weiter Gehör finden. Dass dies so sein wird und dass Solms Umtriebigkeit nicht so rasch endet, belegt eindrucksvoll seine Vita. In der hier vorliegenden Autobiographie lässt Solms alle Stationen seines Lebens Revue passieren.



Geboren als Sohn eines deutschen Reserveoffiziers, der 1940 zu Tode kam, prägten ihn wesentlich die ersten Kriegsjahre und die unmittelbare Nachkriegszeit. Trotz seines bürgerlichen Nachnamens „Solms“, unter dem er fast ausschließlich bekannt ist, entstammt er dem deutschen Hochadel. Seinen vollen Namen Hermann Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich führt er zwar nicht, verleugnet aber auch nicht seine Herkunft. Solms steht hier eher für ein unpräzises Understatement.

Was sich wie ein roter Faden durch sein Leben zieht, ist die Verbundenheit zu seiner Familie, zu seinen Freunden, zum Liberalismus und zur neu geschaffenen Bundesrepublik Deutschland. Solms' Autobiographie nimmt den Leser mit auf eine Zeitreise durch die Vergangenheit. Neben den vielen sehr persönlichen Erinnerungen an die frühe Kindheit, die er – trotz des Schicksals, seinen Vater früh verloren zu haben – als sehr glücklich darstellt, begleitet der Leser Solms auf seinem Weg durch Internat, kurze Bundeswehrzeit und Studium. Immer wieder wird das eigene Leben mit der deutschen Geschichte verbunden und Solms Gedanken zu den aktuellen Ereignissen dargestellt, wie z.B. zum Mauerbau 1961 (S. 91). Denn genau sie sind es, die den politischen Menschen Hermann Otto Solms prägen und seinen Wunsch nach Freiheit stärken. Amüsant sind auch die Schilderungen der eigenen Erlebnisse als eines „Schach spielenden, libertären Revolutionstouristen aus der oberhessischen Provinz“ (S. 104), die in einem doch eher sozialistisch-totalitär geprägten studentischen Ideologiefeld der 68er Generation durchaus als nonkonformistisch bezeichnet werden können.

Bemerkenswert sind auch die Schilderungen seines unternehmerischen Lebens. Von 1976 bis 1984 führte Solms erfolgreich ein eigenes Unternehmen. Daneben lief die Parteiarbeit, die nach dem Beitritt zur FDP 1971 immer mehr an Bedeutung gewann und die letztlich eine Entscheidung für das eine oder andere verlangte. Jahrelang schlugen zwei Herzen in Solms' Brust. Solms bezeichnet dies als Spagat. Letztlich war es die Parteiarbeit, die das Rennen gewann und in die besonders nach Ende der Unternehmertätigkeit sämtliche Energie floss. Positiv hinsichtlich der eigenen Geschäftstätigkeit ist, dass diese Solms – wohl im Gegensatz zu dem einen oder anderen Parlamentarier – finanzielle Unabhängigkeit als Politiker bescherte und er seinen eigenen Weg gehen konnte.

Gerade die neue Ostpolitik war es, die bei Solms starke Sympathien für eher linksliberale Ansätze entstehen ließ und ihn zum „überzeugten Fahnenträger des sozialliberalen Richtungswechsels“ werden ließ. Zum Ende der sozialliberalen Koalition neigte er immer mehr dem „wirtschaftspolitischen Erneuerungskurs Otto Graf Lambsdorffs“ zu (S. 151). Solms bewies dadurch, dass er stets bereit ist, seine eigene Position zu überdenken, wenn es die Umstände erfordern und es sinnvolle Argumente für einen Paradigmenwechsel gibt. Solms vereint somit die unterschiedlichen Strömungen, die es im Liberalismus gibt, selbst wenn es in der Gegenwart so scheint, dass die sozialliberale Position gewonnen hat und libertäre und nationalliberale Ansätze wenig gewollt erscheinen.

Interessant sind auf jeden Fall Solms Beschreibungen der internen Vorgänge in der FDP, von den Überlegungen zur Zusammenarbeit mit der SPD über die Hinwendung zur CDU Helmut Kohls bis hin zum Wiedereinzug in den Bundestag unter Christian Lindner im Jahr 2017 nach dem Ausscheiden der Partei aus dem Bundestag 2013. Viele bekannte Namen der Zeitgeschichte tauchen auf und werden in Beziehung zueinander gesetzt sowie aus Solms' Sicht detailliert bewertet, letzteres vor allem in Bezug auf den Nutzen für die Partei und deren Fortbestehen in einem sich wandelnden Umfeld. *Tempora mutantur, nos et mutamur in illis* – Solms' Ausblick auf wichtige Themen der Gegenwart wie Bildung und Digitalisierung im Rahmen eines neuen Leitbildes (S. 396 ff.), geben ein Zeugnis darüber ab, wie stark er versucht, auch auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. „Offenheit für Fortschritt, die Liebe zur Freiheit und faire Spielregeln“, wie er Christian Lindner zitiert (S. 398), sind es auch, die Solms Zeit seines Lebens geprägt haben.

Die Biographie ist in allen Teilen spannend, sowohl für den Leser, den die Geschichte der Bonner Republik mit Koalitionsverhandlungen, NATO-Doppelbeschluss und Wiedervereinigung interessiert, als auch für den, der sich mit den Gründen, die zum Abbruch der Jamaika-Koalitionsverhandlungen im Jahr 2017 seitens der FDP geführt haben, beschäftigt.

Aus vielen Worten des Buches spricht der liberale Geist Solms'. Für den Berufspolitiker ist klar, „worin der Stellenwert und die zentralen Aufgaben liberaler Politik im deutschen Parlament bestehen: In der konsequenten Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte gegenüber einem tendenziell übergriffigen Staat [...]“ (S. 431). Genau dies ist es, was den liberalen Geist der Partei prägen soll. Besonders wichtig wird dies in der heutigen Zeit, in der in Deutschland wieder sozialistische und etatistische Politik an Bedeutung gewinnt und in der nicht-marktwirtschaftliche Lösungen staatlicher Feinsteuerung als Lösungen diskutiert werden. Bei einer Staatsquote von über fünfzig Prozent in der Bundesrepublik hat diese den liberalen Geist atmende Forderung Solms' nach mehr Freiheit eine tiefgehende Bedeutung. Solms gehörte seit 1980 mit einer ungewollten Unterbrechung dem Deutschen Bundestag bis 2021 an. Auch wenn er nie Ambitionen dazu hatte, den Parteivorsitz zu übernehmen, beschreibt er doch eindrücklich, wie durch seine Arbeit der Kurs der FDP maßgeblich geprägt wurde. Als Schatzmeister seiner Partei schaffte er zunächst Ordnung in den desolaten Finanzen, begleitete den Aufbau Ost und hinterließ nach 26-jähriger Tätigkeit ein geordnetes Haus.

Die Autobiographie von Hermann Otto Solms trägt ihren Untertitel „Mein selbstbestimmtes Leben“ zu recht. Denn in jeder Zeile wird klar, dass es sich bei dem Autor um einen Menschen handelt, der Verantwortung für sich und für andere übernommen hat. Neben der zeitgeschichtlichen Dimension, sind Biographien stets auch ein wichtiges Instrument für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, um tatsächlich eigenverantwortlich für sein Schicksal zu sein. Insofern wird jeder Leser aus dem vorliegenden Buch etwas für sich gewinnen können, welchem an dieser Stelle eine volle Leseempfehlung gilt.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Seite 2 von 2